



18. Sitzung, Montag, 19. Oktober 2015, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 1060
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 1061
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 1061
- Eidgenössische Wahlen 2015 Seite 1062

2. Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts

für die zurückgetretene Daniela Brühwiler

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 257/2015 Seite 1063

3. Wahl eines Mitglieds des Handelsgerichts

für den zurückgetretenen Paul Flückiger

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 258/2015 Seite 1064

4. Steuergesetz

Antrag der Redaktionskommission vom 2. September 2015

Vorlage 5159a Seite 1064

5. Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Hotelfachschule Belvoirpark Zürich

(Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 29. April 2015

und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 3. September 2015

Vorlage 5186a Seite 1065

6. Vertretung des Kantons durch Mitglieder des Regierungsrates (Bewilligung)

Antrag des Regierungsrates vom 8. Juli 2015 und
geänderter Antrag der Geschäftsleitung vom 10.
September 2015

Vorlage 5215a..... Seite 1080

7. Rückgängigmachung der Halbierung der Kapitalsteuer

Motion von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und
Rosmarie Joss (SP, Dietikon) vom 30. März 2015

KR-Nr. 103/2015, RRB-Nr. 668/24. Juni 2015
(Stellungnahme)..... Seite 1094

8. Ausmass zu Steuerhinterziehung und mögliche Gegenmassnahmen

Postulat von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und
Rosmarie Joss (SP, Dietikon) vom 30. März 2015

KR-Nr. 104/2015, RRB-Nr. 622/10. Juni 2015
(Stellungnahme)..... Seite 1110

Verschiedenes

- Gratulation zur Geburt von Zwillingen Seite 1087
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 1124

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf zehn Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 149/2015, Optimierung der Bevölkerung bei der Bekämpfung von eingeschleppten Pflanzenkrankheiten und invasiven Arten

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)

- KR-Nr. 158/2015, Reduktion der Umweltbelastung bei der Beschaffung und Zubereitung von Nahrungsmitteln in kantonalen Verpflegungsbetrieben
Sonja Gehrig (GLP, Urdorf)
- KR-Nr. 160/2015, Die AXPO und ihre Handelsaktivitäten via die Axpo Trading AG
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)
- KR-Nr. 161/2015, Humustourismus auf Abwegen – Ablasshandel im Jahr 2015
Konrad Langhart (SVP, Oberstammheim)
- KR-Nr. 173/2015, Höhenklinik Wald bleibt Reha-Klinik
Monika Wicki (SP, Wald)
- KR-Nr. 174/2015, Asbestprävention: Ermittlungspflicht bei Erteilung von Baubewilligungen
Kaspar Bütikofer (AL, Zürich)
- KR-Nr. 175/2015, Umweltgerechte Entsorgung von Asbestabfällen
Mattea Meyer (SP, Winterthur)
- KR-Nr. 176/2015, Kulturlandkauf
Hans Egli (EDU, Steinmaur)
- KR-Nr. 194/2015, ÖV-Anbindung ETH Höggerberg
Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.)
- KR-Nr. 229/2015, Handlungsbedarf bei der Bewirtschaftung von Verlustscheinen
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 16. Sitzung vom 21. September 2015, 8.15 Uhr
- Protokoll der 17. Sitzung vom 28. September 2015, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Zürich**

Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 273/2012, Vorlage 5227

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

– **Stadtspark auf dem Kasernenareal**

Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 168/2012, Vorlage 5228

– **Bericht des Regierungsrates über das Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2016–2018**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5231

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

– **Förderung des «Working-at-home»**

Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 277/2012, Vorlage 5230

– **Periodische Publikationspflicht aller Informationen über externe Aufträge**

Beschluss des Kantonsrates über die Erledigung der Motion KR-Nr. 313/2010, Vorlage 5232

Zuweisung an die Geschäftsprüfungskommission:

– **Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 260/2010 betreffend Seerestaurant im Bereich des Bürkliplatzes**

Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 5233

Eidgenössische Wahlen 2015

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir hatten am Wochenende die eidgenössischen Wahlen, das erklärt auch den Lärmpegel, den wir vorher hatten.

Ich gratuliere allen 35 gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten aus unserem Kanton zu ihrem Erfolg. Ich denke aber auch an jene Kandidierenden – speziell auch in diesem Saal –, denen es nicht erreicht hat. Mein besonderer Glückwunsch gilt jenen Kolleginnen und Kollegen aus unseren Reihen, die der Zürcher Souverän nach dem fordernden Wahlkampf in den Nationalrat gewählt hat. Es sind dies – ich gehe den Fraktionsgrössen nach – Hans-Ueli Vogt, Barbara Steinemann, Bruno Walliser, Claudio Zanetti und Mauro Tuena von der SVP, Mattea Meyer und Priska Seiler von der SP, Regine Sauter von der FDP. Ich denke, wir dürfen auch schon Angelo Barrile miteinbeziehen. Er wird dann die Nachfolge für den in den Ständerat gewählten Daniel Jositsch antreten dürfen – ausser dieser würde die Wahl

ablehnen, was ich nicht glaube (*Heiterkeit*). Herzliche Gratulation all diesen. (*Applaus.*)

Genau aus diesem Grund, weil ich vermutete, dass es heute viele freudige, aber auch einige enttäuschte Gemüter unter uns hat, habe ich für heute einen Apéro bestellt, damit wir uns noch etwas austauschen und anstossen können mit den Gewählten. Es bietet sich dann die Gelegenheit, sich ausgiebiger auszutauschen.

Dieser Apéro wird vom Dienstchef Verpflegung der Kantonspolizei Zürich, Thomas Schilling, zubereitet. Er darf sich Weltmeister im Mannschaftskochen nennen, wir werden das dann heute um halb Zwölf testen. Bis dahin danke ich Ihnen, wenn Sie etwas aufmerksam sein können.

2. Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts

für die zurückgetretene Daniela Brühwiler

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 257/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Marc Gmünder, Buchs.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 43 litera a des Geschäftsreglements, Marc Gmünder als Ersatzmitglied des Obergerichts gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl eines Mitglieds des Handelsgerichts

für den zurückgetretenen Paul Flückiger

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 258/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Auch hier schlägt Ihnen die IFK einstimmig vor:

Thomas Andermatt, Zürich.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Auch das ist nicht der Fall. Und auch hier kann ich Thomas Andermatt als Mitglied des Handelsgerichts als gewählt erklären. Ich gratuliere ihm zur Wahl und wünsche ihm ebenfalls Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Steuergesetz

Antrag der Redaktionskommission vom 2. September 2015

Vorlage 5159a

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft und sie hat lediglich die nötige Änderung am Ingress des Gesetzes vorgenommen. Im Übrigen beantragt sie Ihnen, gemäss der Vorlage Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I. Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 wird wie folgt geändert:

§§ 52, 108 und 190

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage ist redaktionell durchberaten und wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 157 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5159a zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Hotelfachschule Belvoirpark Zürich

(Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 29. April 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 3. September 2015

Vorlage 5186a

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich begrüsse den Finanzdirektor, Regierungspräsident Ernst Stocker, unter uns.

Ziffer I untersteht der Ausgabenbremse. Es liegt ein Minderheitsantrag von Martin Sarbach vor, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsidentin der Finanzkommission (FI-KO): Mit der Vorlage 5186 ersucht der Regierungsrat den Kantonsrat, der Hotelfachschule (HFS) Belvoirpark Zürich einen Beitrag von rund 3,5 Millionen Franken zulasten des Lotteriefonds zu bewilligen.

Die HFS Belvoirpark ist eine Institution von GastroSuisse, eines Arbeitgeberverbandes für Hotellerie und Gastronomie. Faktisch und wirtschaftlich wird die HFS aber, unabhängig vom Verband, mit eigener, vollständig abgegrenzter Betriebsrechnung geführt. Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2011 zählt die HFS weltweit zu den zehn besten Hotelfachschulen. Die Studierenden werden dort in vier bis sechs Semestern auf Führungsaufgaben in Gastronomie und Hotellerie vorbereitet. Die HFS zeichnet sich aus durch eine enge Verbindung von Theorie und Praxis. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal ist die einmalige Lage des Gastronomiebetriebs im historischen Belvoirpark, dessen Besuch ich Ihnen wärmstens empfehlen kann.

2013/2014 erstellte die HFS in Zürich einen sechsgeschossigen Ersatzneubau eines Schul- und Ausbildungsgebäudes. Auslöser für dieses Neubauprojekt war der neue Rahmenlehrplan für höhere Fachschulen, welcher auf den 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist. Dieser Rahmenlehrplan hatte zur Folge, dass das Schulkonzept der HFS angepasst und der Theorieteil ausgebaut werden musste. Als Folge davon musste die HFS ihr Schulkonzept weiterentwickeln und den Theorieteil ausbauen. Weil im alten Schulgebäude die notwendigen Lernstunden nicht angeboten werden konnten, wurde eine räumliche Vergrösserung des bisherigen Schulgebäudes nötig. In der näheren Umgebung des Restaurants Belvoirpark gab es aber keine vergleichbaren finanzierbaren Lokalitäten.

Das bewilligte Projekt umfasste mit Berücksichtigung der denkmalpflegerischen, städtebaulichen, feuerpolizeilichen und energetischen Auflagen Kosten von rund 32 Millionen Franken. Ein ansehnlicher Teil der Kosten ist bedingt durch die Anforderungen der Baubewilligungsbehörden an die hochwertige Baulage im Schnittpunkt zwischen denkmalgeschützten Parks, einem Villenquartier und einer Durchgangsstrasse mit Tram. Weiter kostentreibende Elemente waren der instabile Baugrund sowie die Tatsache, dass der Umbau während des laufenden Betriebs erfolgen musste. Mit Beschluss Nummer 497/2013 bewilligte der Regierungsrat der HFS für das Vorhaben bereits einen Staatsbeitrag aus Mitteln der Berufsbildung von rund 4,5 Millionen Franken. Dass beim damaligen Beschluss nur 40 Prozent der Kosten als beitragsberechtigt anerkannt wurden, ist darauf zurückzuführen, dass die besonderen ästhetischen Anforderungen der Baubewilligungsbehörde nicht mitberücksichtigt werden konnten. Der Regierungsrat hat das Projekt aber als nicht luxuriös beurteilt.

Die Finanzierung des Projektes ist grundsätzlich gesichert, da der Verband GastroSuisse das Projekt vorfinanzieren kann. Ziel des vorliegenden Gesuchs ist deshalb die Reduktion des Finanzaufwands für die Gesuchstellerin, um den Studierenden angemessenere Studiengebühren sichern zu können. Ohne Beitrag des Lotteriefonds müsste GastroSuisse für die HFS eine Finanzierung von rund 27,8 Millionen Franken leisten. Die HFS rechnet mit Kapitalfolgekosten im Umfang von 3 Prozent, was jährlich zu Folgekosten von 825'000 Franken führen würde. Diese Finanzierungskosten müssen in diesem Fall vollumfänglich durch die Schulgebühren gedeckt werden. Bei aktuell 144 Studierenden würde das somit jährlich 5730 Franken pro Studienplatz betragen. Der Lotteriefondsbeitrag von 3,5 Millionen Franken würde die Kapitalfolgekosten pro Jahr um rund 105'000 Franken reduzieren beziehungsweise einen Schulplatz pro Jahr um 730 Franken entlasten.

Die Finanzkommission hat sich im Rahmen ihrer Beratungen intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Sie liess sich einerseits über die bisherige und künftige Höhe der Studiengebühren informieren, klärte aber andererseits auch Fragen hinsichtlich der Zusammensetzung der zu erwartenden Kapitalkosten und der Beteiligung der GastroSuisse an den Ausbildungskosten ab.

Eine Mehrheit der Finanzkommission war schliesslich der Meinung, dass dem Gesuch entsprochen werden sollte, auch wenn es sich von den Bewilligungskriterien beziehungsweise vom Bewilligungszeitpunkt her um einen Grenzfall handelt. Gerechtfertigt findet die FIKO-Mehrheit den Betrag einerseits, weil es sich bei der HSF Belvoirpark um eine in ihrer Art einmalige Ausbildungsbetriebsstätte handelt und diese für den Kanton Zürich ein grosses Renommee hat. Und andererseits findet die Kommissionsmehrheit es nicht angemessen, dass die Folgekosten der höheren Anforderungen an die architektonische Ausgestaltung und die städtebauliche Qualität vollumfänglich den Studentinnen und Studenten überbunden werden sollen. Angehende Studentinnen und Studenten mit einer Berufslehre oder Matura verfügen meistens nur über bescheidene finanzielle Möglichkeiten. Mit den Lotteriefondsgeldern soll ein Beitrag geleistet werden, dass sich weiterhin auch junge Berufsleute aus der Hotellerie und Gastronomie mit einem durchschnittlichen Einkommen eine solche Weiterbildung finanzieren können.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen einer Mehrheit der Finanzkommission, der Vorlage 5186a zuzustimmen. Eine Minderheit der Finanzkommission lehnt den Lotteriefondsbeitrag ab und stellt Antrag auf Nichteintreten.

Minderheitsantrag von Martin Sarbach, Ralf Margreiter und Sabine Sieber:

I. Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Martin Sarbach (SP, Zürich): Stellen Sie sich vor – und ich wähle jetzt ein Bild, das vielleicht für die bürgerlichen Ratskolleginnen und Ratskollegen etwas ihrem Gedankengang entsprechen könnte –, stellen Sie sich vor, Sie wären in einer Unternehmung tätig, welche jedes Jahr einen gewissen Beitrag für kulturelle Zwecke verwendet. Und stellen Sie sich vor: Es kommt ein Gesuchsteller zu Ihnen und sagt Ihnen «Wir haben ein Projekt, wir wollen etwas bauen». Sie finden den Gesuchsteller sympathisch und das Projekt eigentlich auch gut

und rechnen mal durch, lassen Ihre Leute das Projekt anschauen. Sie sehen, das wird nicht ganz günstig, weil diese Baute an einem Ort steht, wo der Baugrund schwierig ist, wo es auch Anforderungen in städtebaulicher Hinsicht gibt. Und Sie beschliessen dann, dass Sie diesem Projekt 4,5 Millionen Franken geben. So weit, so gut. Zwei, drei Jahre später kommen die gleichen Leute wieder bei Ihnen vorbei und sagen: «Ja, wir haben das Ganze jetzt gebaut, es ist schön geworden, aber wir hätten jetzt gern noch einmal Geld.» Und Sie müssen darüber entscheiden. Ich nehme an, Sie werden, wenn das ein seriöses Unternehmen ist, Richtlinien haben, wie Sie Gelder vergeben. Und auch der Kanton Zürich ist so seriös, zumindest halbwegs, es gibt nämlich mindestens Richtlinien für Vergaben mit Geldern bis zu einer halben Million. Wenn wir uns das mal anschauen: Wie wäre es denn, wenn hier nun nicht 3,5 Millionen zur Diskussion stehen würden, sondern eine halbe Million? Ja, dann wäre es ziemlich klar: Diese halbe Million könnte nicht gesprochen werden, weil nämlich bereits einmal Staatsbeiträge für das gleiche Projekt gesprochen worden sind. Man kann sich dann schon fragen: Wird das, was man im Kleinen nicht gut findet, denn im Grösseren besser?

Ein zweiter Grund, weshalb es auch nicht gehen würde, wenn eine halbe Million beantragt wäre: Es ist hier eine Nachfinanzierung, und zwar eine sehr klassische. Dieser Neubau steht, er wurde 2013/2014 gebaut. Und nachdem er steht, kommt nun die Hotelfachschule respektive die GastroSuisse und fragt uns nochmals um Geld an. Das würde nicht statthaft sein, wenn es bis zu einer halben Million wäre, Nachfinanzierungen sind nicht erlaubt. Und wenn es dreieinhalb Millionen sind, soll es dann plötzlich gehen? Das geht natürlich nicht auf. Es stimmt zwar, dass wenn wir dieses Geld heute dann trotzdem bewilligen sollten, dann verletzen wir keinen Gesetzesbuchstaben. Aber wir verletzen dann eben doch die ziemlich vernünftige Grundidee, die hinter den Richtlinien steht. Und weil das so inkonsequent ist, wenn wir das so machen, wird es wegen einer solchen Politik ein zusätzliches Gesetz brauchen, ein Lotteriefondsgesetz, was wir jetzt noch nicht haben. Das wird kommen und es wird nicht zuletzt deswegen notwendig sein, weil Sie eben bereit sind, solche Kredite, solche Summen hier durchzuwinken, obwohl Sie eigentlich wissen, dass es von den Kriterien her ein bisschen mehr als ein Grenzfall ist.

Ich schätze dich, Beatrix, als Person – das schicke ich voraus –, aber in deinem Votum wurden zwei Dinge ein bisschen vermischt. Das ist aber kein Vorwurf, denn sie wurden auch schon in der Vorlage selbst vermischt. Es ist ganz klar, worum es hier geht – es steht ja auch im Beschluss drin: Für das Projekt «Ersatzneubau der Hotelfachschule

Belvoirpark» wird ein Betrag von 3,4 Millionen bewilligt, es geht also um Geld für das Projekt Ersatzneubau und nicht um Geld primär für die Studiengebühren. So etwas könnte man ohnehin nicht aus dem Lotteriefonds finanzieren.

Es wurde richtig gesagt, es wurden Fragen gestellt in der Finanzkommission, unter anderem zum Engagement der GastroSuisse selbst. Wir haben dann eine Antwort erhalten, nicht von der GastroSuisse selbst, sondern von der Anwaltskanzlei, welche die GastroSuisse in solchen Fällen einzuschalten pflegt. Die Antwort, die kam, war auf keine Art und Weise überzeugend. Es waren dort drin dann plötzlich andere Gesamtkosten des Projektes. Es waren dort andere Darlehensbeträge drin und teilweise auch andere Darlehensgeber. Es wurde hier also nicht transparenter, sondern weniger transparent. Und ich erinnere mich sehr gut: Wir haben vor nicht allzu langem hier drin die Vorlage 5196 beraten, Nachtragskredit für die Pädagogische Hochschule. Es wurde immer wieder kritisiert von der anderen Seite, das sei zu wenig transparent. Was wir hier haben, ist bezüglich Transparenz dann noch sehr viel mehr im Trüben, und trotzdem sind Sie offenbar bereit, hier dieses Geld ohne Weiteres zu sprechen. Man fragt sich dann ein bisschen: Weshalb hier diese plötzliche Grosszügigkeit, wenn diese sonst jeweils nicht da ist? Oder sie war in der Vergangenheit höchstens da, wenn es darum ging, irgendwelche Steuersenkungen für gewisse Klientel zu machen. Da kommen wir vielleicht doch auch zu einem kleinen Punkt: Immerhin ist die GastroSuisse Mitglied des Arbeitgeberverbandes und der Arbeitgeberverband finanziert sie bekanntlich. Sie kann jetzt natürlich schon entrüstet sagen «Das hat damit überhaupt nichts zu tun», aber sie kann sich die Entrüstung sparen. Solange sie nicht bereit ist, offen zu legen, wie viel Geld sie jährlich vom Arbeitgeberverband erhält, kann sie sich auch nicht gegen diese Kritik wehren.

Aus den vorgenannten Gründen beantrage ich Ihnen namens der Minderheit der Finanzkommission, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Ich danke Ihnen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Die SVP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen und ich mache Ihnen beliebt, Gleiches zu tun. Die Hotelfachschule Belvoirpark ist eine herausragende Institution für den Kanton Zürich und für die Schweiz in der beruflichen Weiterbildung. Selbstverständlich ist es so, dass die höheren Kapitalfolgekosten, die durch die Investition in den Neubau entstehen würden, den Schulgebühren überwältzt werden müssten, wenn wir heute diesen Lotterie-

fonds-Beitrag nicht sprechen würden. Es ist aus meiner Sicht eine Frage der persönlichen Haltung oder der Haltung der Parteien, wie sie zur beruflichen Weiterbildung stehen. Dieses Projekt hat eine lange Geschichte. Ich darf daran erinnern, dass die Auflagen, die gemacht wurden, sehr streng waren und den Bau verteuert haben. Auch der Untergrund, der sehr schwierig war, hat den Bau verteuert, deshalb ist es nachvollziehbar, dass dieser Beitrag nachgesucht wird, auch wenn der Zeitpunkt etwas ungewöhnlich ist, die Weiterbildungsstätte ist nämlich bereits in Betrieb.

Wenn ich sage, dass es ein bisschen der Lackmustest ist, wie ernst es den Parteien mit der Förderung der beruflichen Weiterbildung ist, richte ich diese Worte vor allem an die SP und an die Grünen, die diese Vorlage ablehnen wollen. Wenn die Studiengebühren erhöht werden müssten, dann würde es genau jene Schichten treffen, nämlich die Leute, die eine normale Berufslehre gemacht haben und die dann eine Weiterbildung machen wollen, um international und national auf dem Berufsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, die von diesem Angebot allenfalls ausgeschlossen würden. Da erstaunt mich doch, dass ausgerechnet die SP hier nicht Hand bietet.

Ich wiederhole: Ich schlage Ihnen vor, diesem Beitrag zuzustimmen. Er ist gerechtfertigt. Der Lotteriefonds verträgt diese knapp 3,5 Millionen und wir empfehlen Ihnen Zustimmung. Besten Dank.

Peter Vollenweider (FDP, Stäfa): Durch staatliche Vorgaben werden Bauprojekte aufwendiger und teurer. Meistens kommen auch noch unvorhersehbare Aufwendungen hinzu, was sich auf die Gesamtkosten zusätzlich negativ auswirkt. Genau dies ist beim Projekt HFS Belvoirpark geschehen. Durch die neuen Vorgaben des Bundes, aber auch durch die Ablehnung des Baukollegiums der Stadt Zürich für einen zweckmässigen Neubau oder Erweiterungsbau entstanden zusätzliche Kosten. Und schliesslich, wie bereits erwähnt, war auch der Baugrund, die schlechte Qualität des Baugrundes, ein weiterer Aspekt, der Mehrkosten verursachte.

Neben der Kostensituation stellt aber auch die Finanzierung für die HFS eine Herausforderung dar. Bis 2013 durfte die HFS ja keinen Gewinn ausweisen und somit auch keine Reserven äufnen. Damit konnte sie auch nicht Mittel für ein zukünftiges Projekt zurücklegen. Es stellt sich daher die berechtigte Frage, zu welchem Teil die auch durch staatliche Vorgaben verursachten zusätzlichen Kosten durch Studierende zu tragen sind. Das Kostendeckungsprinzip ist wichtig, soll aber überall gleich angewendet werden. Bei ähnlichen Projekten,

wie beim Neubau bei der STF (*Schweizerische Technische Fachschule*) Winterthur oder beim Erweiterungsbau durch den Verein Unterstrass EDU, wurden vergleichbare Unterstützungen nämlich auch gewährt.

Die FDP unterstützt den Antrag vor allem auch deshalb, weil das Projekt der Hotelfachschule Belvoirpark die für die Schweiz wichtige Berufsausbildung fördert, ohne die Ausbildungskosten für Studierende übermässig zu belasten, und die Wettbewerbsposition eines anerkannten Bildungsinstitutes, welches zum Standortmarketing von Zürich beiträgt, nicht durch unattraktive Studiengebühren beeinträchtigt werden darf. Mit dem ausgeführten Bauprojekt kann die HFS ihr bewährtes Ausbildungskonzept, das eine Verbindung von Praxis und Theorie zum Grundsatz hat, weiterführen und Studierenden eine qualitativ hochstehende Ausbildung gewähren.

Dass die Weisung zur Vorlage und die weitergehenden Ausführungen in der Finanzkommission nicht vollständig kongruent waren, ist zweifellos unschön. Wenn man aber den Aspekt, den Martin Sarbach aufgeführt hat, bezüglich der Baukosten anschaut, dass es unterschiedliche Beträge gab, so scheinen mir diese relativ einfach zu erklären zu sein: Das Volumen in der Weisung, die 32,3 Millionen, basiert auf dem Kostenvoranschlag 2012. Die Zahlen, die uns in der Finanzkommission gezeigt wurden, 34 Millionen, beruhen aber auf der provisorischen Bauabrechnung. Somit entstand eine Differenz, die meiner Meinung nach klar begründet ist.

Für die FDP stehen das überzeugende Projekt zur Förderung der Berufsbildung und der Aspekt der Standortattraktivität und nicht allfällige Mängel in den Unterlagen im Vordergrund. Wir stimmen der Vorlage zu.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Um eines gleich vorwegzunehmen und damit die Bemerkung von Martin Arnold in den richtigen Kontext zu setzen: Es geht bei dieser Vorlage mitnichten um die Haltung, die eine Person, eine Politikerin oder eine Partei zur höheren Berufsbildung oder zur berufsorientierten Weiterbildung einnimmt. Es wäre ziemlich schief, unserer Seite und ausgerechnet mir, der ich diesen Minderheitsantrag auch unterzeichnet habe, eine Missachtung oder Schlechterstellung der beruflichen Bildung, auch der höheren Berufsbildung, vorwerfen zu wollen. Es geht hier schlicht und ergreifend um zwei Punkte: Zum einen darum, dass zu teuer gebaut wurde. Und die Differenz zwischen Weisung und Zahlen in der Finanzkommission, die Ihnen Kollege Vollenweider gerade vorgerechnet hat, kann jeden-

falls nicht von der Teuerung stammen, so viel darf man, glaube ich, sagen. Es wurde einfach zu teuer gebaut. Und hier drin haben wir das Thema «teuer» und «teurer» und «zu teuer bauen» doch das eine oder andere Mal mit sehr kritischem Blick auch auf die Tätigkeiten, die der Kanton in diesem Bereich selbst ausübt, aufgegriffen. Mir wäre nicht erinnerlich, dass man mit der gleichen Gnade einfach darüber hinweg gesehen hätte, insbesondere auf der jetzt zustimmenden Ratsseite, als es um andere Fragen ging als um diese Liegenschaft hier. Ich frage mich, ich frage Sie: Wie würde das Resultat aussehen? Was wären Ihre Voten und Argumente, wenn es sich nicht um eine Topschule handeln würde – man kann das auch unter Standortwettbewerb abbuchen –, wenn es sich nicht um eine Topschule handeln würde, wenn es sich nicht um eine prestigeträchtige Lage handeln würde und wenn nicht ein Arbeitgeberverband, GastroSuisse, dahinterstehen würde? Um diese Fragen geht es doch auch. Die Präsidentin der Finanzkommission hat bezüglich Bewilligungsfähigkeit von einem Grenzfall gesprochen. Ich meine, liebe Beatrix, das ist sehr schön geredet. Ich sehe den Grenzfall nicht, ich sehe nur Grenzüberschreitungen.

Würde man mit dieser Vorlage ähnlich ungnädig umgehen wollen wie mit dem bereits erwähnten Nachtragskredit für die Pädagogische Hochschule, sie würde hochkant aus diesem Saal fliegen. Sie wäre wahrscheinlich noch nicht einmal in diesen Saal gekommen. Denn ich frage mich und ich frage die Regierung, warum wir diese Vorlage überhaupt vor uns haben, wenn wir – das ist der zweite Punkt – derart flagrante Überschreitungen der Vorrichtlinien des Lotteriefonds vor uns haben. Wir haben dort – ich zitiere – unter «Ausschlussgründe», Punkt 2.1, «Ordentliche Staatsbeiträge und Subventionen»: «Lotteriefondsbeiträge sind nur für Projekte möglich, die nicht durch ordentliche Staatsbeiträge und Subventionen mitfinanziert werden können.» Das ist aber bereits geschehen, Martin Sarbach hat darauf hingewiesen. Wir haben unter Punkt 2.4, so als eine Art Kurzzusammenfassung für alle, die es im Überblick haben wollen, die Punkte, die nicht möglich sind, und da stehen unter anderem – Zitat – «Doppelsubventionierungen» – das ist der eben ausgeführte Punkt 2.1 – und «Nachfinanzierungen». Wir haben hier eine Kombination von diesen beiden Punkten. Die übrigen erspare ich Ihnen, es geht hier und heute nur darum.

Angesichts dieser Ausgangslage wundere ich mich, Herr Finanzdirektor, dass wir diese Vorlage überhaupt in der Finanzkommission hatten. Ich sehe nicht, auf welcher Grundlage der Regierungsrat den Sinn und Geist dieser Vorrichtlinien derart über den Haufen werfen wollte. Und ich sehe vor allem nicht, warum das unsere Kommission, die für sich

in Anspruch nimmt und in Anspruch nehmen muss, in finanziellen Belangen besonders kritisch hinzuschauen, auch in Bezug auf formelle Korrektheit, warum diese Kommission Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat, in ihrer grossen Mehrheit den Antrag stellt, diesen Beitrag zu sprechen.

Wir Grünen unterstützen den Minderheitsantrag und bitten Sie, diese Vorlage abzulehnen beziehungsweise darauf nicht einzutreten. Das hat, um es noch einmal zu sagen, nicht ein Jota mit der Grundhaltung zur beruflichen Bildung zu tun. Der höheren Berufsbildung insbesondere ist Unterstützung zuteilgeworden und muss ihr darüber hinaus noch zuteilwerden vom Kanton und vom Bund, und es ist einiges im Tun in dieser Sache. Hier über diesen Hebel die Frage der Studiengebühren anpacken zu wollen, ist schlicht und ergreifend der falsche Ort. Und wenn das HF-Studium (*Höhere Fachschule*) teurer geworden ist, dann ist es teurer geworden, weil es die Kriterien einer Höheren Fachschule mit Mindestlernstunden erfüllen muss, was es früher nicht tat. Das sind die Punkte, über die man auch diskutieren könnte, aber nicht über diesen Beitrag aus dem Lotteriefonds. Ich bitte Sie, nicht darauf einzutreten.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Die Hotelfachschule Belvoirpark Zürich geniesst einen ausgezeichneten Ruf und nimmt als Ausbildungsstätte eine wichtige Funktion wahr. Aufgrund neuer Vorschriften des Bundes, mit welchen die Anzahl der Ausbildungseinheiten zugenommen hat, war die HFS gezwungen, eine räumliche Vergrösserung vorzunehmen. Die HFS wollte möglichst kostengünstig bauen, aber da die Anlage, wie bereits gehört, in einer geschützten Parklandschaft liegt, musste aus denkmalpflegerischen, städtebaulichen, feuerpolizeilichen, energetischen Auflagen sowie wegen schlechtem Baugrund ein teureres Projekt von über 30 Millionen umgesetzt werden. Die HFS hatte ursprünglich 8 Millionen von der Bildungsdirektion beantragt – bei einer angerechneten Bausumme von 13 Millionen – und erhielt dadurch 4,5 Millionen bewilligt. Da sich aber, wie bereits erwähnt, der Bau auf rund 32 Millionen beläuft, dies notabene ohne Verschulden der HFS, werden nun 3,5 Millionen aus dem Lotteriefonds beantragt. Der vorliegende Fall ist einmalig, weil er zwischen die alte und die neue Rechtsgrundlage gefallen ist. In der Vergangenheit durfte die HFS keine Gewinne erzielen und die GastroSuisse hatte das finanzielle Risiko getragen.

Die CVP-Fraktion erachtet den beantragten Beitrag aus dem Lotteriefonds als gerechtfertigt. Ohne den Beitrag aus dem Lotteriefonds

müssten die Studiengebühren erhöht werden, um die Baukosten zu finanzieren. Das ist keinesfalls im Sinne der CVP. Es ist wichtig, dass auch junge Berufsleute aus Familien mit durchschnittlichem Einkommen sich eine Weiterbildung an der Hotelfachschule leisten können. Wir stimmen dem Beitrag zu.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Der Tourismus wird in Österreich und er wird im Südtirol immer wieder gefördert. Er wird gefördert über staatliche Darlehen an Hotellerie, an Restaurants und auch an die Ausbildung einheimischen Personals. Der Tourismus in der Schweiz hingegen darbt eher dahin, bekommt kein oder selten Geld. Da stellt sich die Frage, wenn wir einen Tourismus haben, der teuer ist im Vergleich zum Ausland: Was können wir dem entgegenstellen, damit wir uns auch vom Ausland abgrenzen und positiv für uns werben können? Eine solche Institution ist eben die Hotelfachschule, die Aushängeschilder produziert und selber ein Aushängeschild ist. Nur über gutes Personal und nur über gute Leistung können wir unsere Kunden, Gäste aus dem Ausland, in die Schweiz bringen. Und da kann es nicht sein, dass wir auch dort, wo wir selber Auflagen an einen Bau verlangen, mit dem Geld zu «harzen» anfangen. Wir tun es sonst schon genug, aber hier wäre es völlig der falsche Ort, um so etwas zu verhindern. Wenn Sie das tun, dann ist das eben, Herr Margreiter, doch auch eine Grundhaltung zur Berufsbildung. Wenn Sie es verhindern, dann verhindern Sie eben mit höheren Gebühren, dass Leute, die sonst in diese Ausbildung kommen könnten, das nicht mehr tun können. Hier sind wir nicht so selektiv wie Sie, wir sind der Meinung, dass die Chancengleichheit gewährleistet bleiben muss, indem wir die Kosten vernünftig gestalten. Und das ist nur mit einem Beitrag an diese Infrastruktur zu realisieren.

In diesem Sinne unterstützen wir den Beitrag aus dem Lotteriefonds, weil wir sagen: Wir möchten das Aushängeschild, das für die Schweiz weitere Aushängeschilder produziert, unterstützen. Danke.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Die Hotelfachschule Belvoirpark verfügt über einen ausgezeichneten Ruf und zählt weltweit zu den besten Hotelfachschulen. Sie zeichnet sich insbesondere durch eine enge Verbindung von Theorie und Praxis aus. Das ist sehr wertvoll auch für den Tourismusstandort Zürich. Für uns Grünliberale ist klar, dass es einer sehr guten Schule ermöglicht werden soll, dass sie dieses Niveau halten kann und dass dafür auch geeignete Ausbildungskonzepte und geeignete Räume zur Verfügung stehen müssen. Vor allem braucht es

dafür junge, motivierte und talentierte Menschen. Nicht immer haben diese aber auch ein dickes Portemonnaie, um eine nötige Ausbildung zu finanzieren. Gerade die Studierenden der Hotelfachschule haben oft nur bescheidene finanzielle Möglichkeiten, trotzdem leisten sie bereits heute einen substanziellen Beitrag an ihre eigene Ausbildung. Wenn der Kantonsrat den Beitrag aus dem Lotteriefonds nicht bewilligt, dann müssten – davon müssen wir ausgehen – die Studierenden jährlich rund 6000 Franken mehr bezahlen. Es liegt auf der Hand, dass die Selektion dann nicht mehr nach fachlichen, sondern vermehrt auch nach finanziellen Kriterien erfolgen würde. Das wäre aus unserer Sicht sehr schade.

Ich erlaube mir auch noch eine kleine Replik an Kollege Ralf Margreiter: Wir hatten vor kurzem einen sehr ähnlich gelagerten Antrag ebenfalls aus dem Lotteriefonds, wo ich vergleichbare Kriterien sehe, es war der Beitrag an die unterstrass.edu (*Institut und Gymnasium Unterstrass*). Auch da war es eine private Trägerschaft und auch da gingen noch Gelder an die Schule aus anderen Kassen der Bildungsdirektion zum Beispiel. Es überrascht schon, dass jetzt diese Vorlage, wo es um eine Berufsbildung geht, dass jetzt diese Vorlage bis aufs Zahnfleisch bekämpft wird.

Wir Grünliberale sagen Ja zum Beitrag aus dem Lotteriefonds und wünschen der Hotelfachschule weiterhin viel Erfolg. Besten Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die EDU ist sehr erstaunt, dass das Lotteriefondsreglement für viele Parteien nicht relevant ist respektive übergangen wird. Die EDU stellt weiter fest, dass der Lotteriefonds immer mehr zu einem Selbstbedienungsladen verkommt und Reglemente des Lotteriefonds nicht mehr beachtet werden. Ich zitiere aus Punkt 1.3, «Beitrag der Standortgemeinde»: «Eine direkte finanzielle Beteiligung der Projektstandortgemeinden ist Voraussetzung» – ich wiederhole: Voraussetzung – «für eine Leistung des Fonds.» Und jetzt stehen wir hier, die Standortgemeinde bezahlt nichts und die Mehrheit hier im Kantonsrat möchte trotzdem diese Gelder sprechen. Das Reglement spricht eine deutliche Sprache: Wir dürften gar nicht Lotteriefondsgelder sprechen. Der Antrag der Hotelfachschule ist unter anderem – das kommt dazu – weder gemeinnützig, noch wohltätig, noch kulturell. Der direkte Bezug zum Kanton Zürich ist ebenfalls nur halbwegs gegeben, nur 65 Prozent der Schüler sind aus dem Kanton Zürich. Und da der Bau bereits realisiert wurde – das ist ein weiterer Faktor – dürfte man ebenfalls keine Lotteriefondsgelder im Nachhinein mehr sprechen. Es findet hier ein Paradigmenwechsel statt und es

ist zu befürchten, dass weitere Anträge kommen werden, die sich dann genau auf diesen Punkt berufen werden.

Ein weiterer Punkt, der mehr als nur störend ist, war, dass die Fragen der FIKO nicht von der Hotelfachschule selbst beantwortet wurden. Nein, sie steht nicht selber hin, sie schickt ein Anwaltsbüro, und dieses beantwortet die Fragen. Ich denke, das allein wäre ja schon ein Grund, um den Regierungsratsantrag abzulehnen, denn es kann nicht sein, dass eine Institution einen Antrag stellt, aber nachher nicht einmal zur Verfügung steht, um Fragen zu beantworten.

Die EDU empfiehlt Ihnen auch im Sinne der Gerechtigkeit, der Gleichbehandlung von allen Antragsstellern und vor allem auch im Sinne der Beachtung des Lotteriefondsreglements, auf diesen Antrag nicht einzutreten. Danke.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Für die Hotelfachschule gilt es sich wirklich international auf dem Spitzenplatz zu behaupten. Man kann das einerseits machen wie bis anhin, nämlich immer mit der praxisnahen Ausbildung, und andererseits sicher auch mit einem qualitativ hochstehenden guten Ausbau der eigenen Schule. Für uns ist es einfach wichtig, dass der Kanton und wir alle ein grosses Interesse daran haben müssten und müssen, eine wirklich qualitativ hochstehende Schule zu haben, für uns aber einmal mehr gerade auch bei der weiteren Berufsbildung, da es meist Studentinnen und Studenten trifft, die nicht unbedingt mit Geld gesegnet sind, die einen hohen Anteil ihrer Ausbildung selber zu finanzieren, die Schule nämlich selbst zu bezahlen haben. Wenn wir ihnen das jetzt hier durch diesen Beitrag etwas erleichtern können, dann sollten wir es auch tun. Wir werden sicher auf die Vorlage eintreten und ihr dann auch zustimmen.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die AL-Fraktion wird auf die Vorlage nicht eintreten und unterstützt den Minderheitsantrag Sarbach, Margreiter und Sieber. Die Hotelfachschule Belvoirpark hat bereits Staatsgelder durch den Lotteriefonds erhalten. Eine Zweitfinanzierung ist grundsätzlich gegen die Statuten des Lotteriefonds, das wurde auch mehrfach schon ausgeführt. Die AL-Fraktion unterstützt den Minderheitsantrag Sarbach, Margreiter, Sieber gegen eine fragwürdige Nachfinanzierung. Wie Hans Egli bereits ausführte, ist das Projekt weder gemeinnützig noch wohltätig oder kulturell. Deshalb unterstützen wir den Minderheitsantrag, denn diese Gelder zu sprechen, wäre eigentlich fast schon illegal.

Martin Sarbach (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte nur noch kurz etwas aufgreifen, was mehr als einmal gesagt worden ist. Es ist mehr als einmal gesagt worden, es seien halt zusätzliche Kosten entstanden, nicht zuletzt durch die hohen Auflagen, die diesem Projekt entgegengestanden seien, und durch den schwierigen Baugrund. Ich zitiere Ihnen kurz aus dem Protokoll des Regierungsrates vom 30. April 2013, also bevor dieser Bau erstellt worden ist und nicht im Nachhinein wie jetzt die vorliegende Weisung. Da steht geschrieben: «Der Standort am Rande des Belvoirparks führt aus städtebaulichen und denkmalpflegerischen Gründen zu strengen Auflagen, welche die Bauherrschaft erfüllen muss. Der Baugrund ist schwierig und erfordert einen besonderen Aufwand zur Sicherung der Baugrube und für die Errichtung des Fundaments.» Also genau das, was jetzt ins Feld geführt wird, was unverschuldet halt zu höheren Kosten geführt hat, genau das wusste man im Voraus, genau das stand zum Voraus sogar schwarz auf weiss im Protokoll. Es ist einfach unehrlich, jetzt so zu tun, als wäre da einfach unvorhergesehen noch etwas angefallen. Man wusste das und es ist unehrlich, jetzt in Verletzung des Geistes der Richtlinien zum Lotteriefonds zu sagen: Ja, weil es jetzt im Nachhinein teurer geworden ist, sollten wir halt das Geld nochmals sprechen für eine Institution – da sind wir uns einig –, die wir alle grundsätzlich gut finden und befürworten. Ich beantrage Ihnen nochmals, nicht einzutreten.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Zuerst ist es mir natürlich ein Anliegen, wenn ich schon das Wort habe, im Namen des Regierungsrates allen neu gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten – selbstverständlich auch dem Herrn Ständerat (*Daniel Jositsch*), dem habe ich gestern schon gratuliert – recht herzlich zu ihrem Wahlerfolg zu gratulieren, ihnen viel Erfolg und Befriedigung zu wünschen und trotz Parteien und Parteivorgaben den Kanton Zürich bei ihrem Tun und Handeln in Bern nicht ganz zu vergessen.

Jetzt aber zum heutigen Geschäft. Eine Unterstützung der Hotelfachschule Belvoirpark ist gerechtfertigt aus Sicht der Regierung, weil diese Schule, wie das jetzt auch gesagt wurde, einem gemeinnützigen Zweck dient. Das ist etwas, das nicht wegzudiskutieren ist. Diese Schule ist gemeinnützig, und das ist der Treiber zum Tun des Regierungsrates und der Treiber zum Geben von Geldern aus dem Lotteriefonds, nicht für den Regierungsrat, weil der unter einem Reglement steht, aber für den Kantonsrat. Der Kantonsrat kann diesen Entscheid fällen. Und an alle, die kommen und sagen «Ihr verletzt ein Reglement»: Das stimmt nicht, es gibt für den Kantonsrat kein Reglement.

Seid doch froh! Normalerweise wollt ihr keine Vorschriften vom Regierungsrat, und jetzt ruft ihr nach einem Reglement. Seid doch froh, dass ihr noch diese Freiheit habt, ihr könnt ja entscheiden!

Was mir aber auch wichtig erscheint, ist: Niemand und gar niemand in diesem Saal hat bestritten, dass es sich um eine ausgezeichnete Schule handelt. Das ist unbestritten und das finde ich wichtig und auch ganz recht. Herr Margreiter hat angeführt, wenn es sich nicht um eine Top-school handeln würde, dann würden wir anders entscheiden. Herr Margreiter, diese Frage stellt sich ja nicht, es ist eine Top-school. Und wenn Sie jetzt sagen, es wurde viel zu teuer gebaut: Wenn ich es mit der PH (*Pädagogische Hochschule*) neben dem Hauptbahnhof vergleiche oder mit der Hochschule der Künste im Toni-Areal, hier wurde auch anständig gebaut, schauen Sie sich mal diese Bauten an. Herr Sarbach, ich meine, heute Morgen sind wir nach den nationalen Wahlen vielleicht etwas in einer anderen Welt, aber grundsätzlich verstehe ich schon nicht, dass man jetzt sagt, bei dieser Schule solle man nicht grosszügig sein. Aber bei Kultur und Sport, da wollen Sie immer grosszügig sein. Das verstehe ich nicht. Ich muss Ihnen gleichzeitig auch noch sagen: Der Kanton und die Stadt Zürich haben immer nach Möglichkeiten gesucht, dass diese Schule hier bleiben kann. Das hat schon viel früher angefangen. Die Stadt Zürich hat beispielsweise eine Liegenschaft gekauft, damit dieser Standort dort bleiben kann und damit dieser Standort entwickelt werden kann. Denn der Kanton und die Stadt sind sich einig: Diese Schule ist wichtig für den Kanton Zürich, für die ganze Schweiz. Deshalb, glaube ich, ist es auch wichtig, dass wir diesen Beitrag sprechen.

Ich lade Sie ein, gehen Sie mal an diese Schule, vielleicht eine Kommission oder wer sich interessiert. Sie werden sofort den Geist dieser Schule spüren. Sie finden dort junge, motivierte Frauen und Männer, die aufgestellt etwas in die Zukunft bewegen wollen und die einen neuen Berufseinstieg und eine Weiterbildung machen. Es sind top junge Leute und diesen Leuten wollen wir zukünftig auch die Möglichkeit geben, dass diese Schule weiterhin gut ist. Ich meine einfach: Es geht schlussendlich – und das ist auch für mich, ich sage es Ihnen deutsch und deutlich, der grösste Treiber für diese Vorlage – um die Berufsbildung. Und wenn Herr Margreiter sagt, es gehe keinen Jota um die Berufsbildung, dann kann ich Ihnen einfach sagen: Das stimmt nicht.

Ich bitte Sie deshalb um Eintreten auf den Antrag. Und stimmen Sie dem Antrag zu. Besten Dank.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich höre «Nei!», ja, ich weiss, es ist verpönt, nach dem Regierungsrat zu sprechen, aber nachdem ich auch vom Finanzdirektor und Regierungspräsidenten Ernst Stocker nochmals direkt adressiert wurde punkto Berufsbildung, kann ich mir und Ihnen die zwei, drei Punkte und Aussagen auch zu Peter Reinhard doch nicht ganz vorenthalten.

Zuvor aber noch: Es hat niemand argumentiert, es fände eine rechtliche Verletzung der Fondsrichtlinien statt. Die Argumentation unseres Antrags ist: Es findet eine klare Verletzung des Sinnes und Geistes dieser Fondsrichtlinien statt und man handelt ihnen zuwider. Das einfach zur Klärung.

Und eine zweite kleine Klärung: Im Unterschied zur Pädagogischen Hochschule und zum Toni-Areal, wo die Kredite eingehalten wurden, ist das eben hier gerade nicht der Fall. Das ist gemeint mit «zu teuer gebaut»: teurer als geplant und eingegeben.

Nun aber zur Bildungspolitik: Ich bin absolut der gleichen Meinung, wie sie beispielsweise auch von Peter Reinhard oder vom Finanzdirektor vertreten wurde, dass die berufliche Bildung erschwinglich sein muss. Deswegen gibt es beispielsweise eine Höhere-Fachschul-Vereinbarung, der der Kanton Zürich beigetreten ist, ein schweizweites Konkordat, das die Finanzierung der höheren Fachschulen regelt. Es gibt im Bereich der Vorbereitungskurse im Moment durch den Kanton so eine Art Übergangslösung der Subventionierung. Auch da wird eine Bundeslösung angestrebt. Es ist alles richtig und es braucht dessen noch mehr. Wir werden hier drin auch über mehr noch zu reden haben, und dann können Sie wieder Finanz- gegen Bildungspolitik ausspielen. Aber was hier gemacht wird, ist Pflasterlipolitik an einer Schule für eine Weiterbildung, um quasi an den Studiengebühren zu schrauben. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Kolleginnen und Kollegen. Und, Ernst (*Ernst Stocker*), das kann doch nicht dein Ernst sein! So geht das doch nicht. Und wenn es denn darum geht, finanziell nicht auf Rosen gebettete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihren Weiterbildungsbemühungen zu unterstützen, sind wir die Letzten, die da abseits stehen. Dafür steht dann aber auch beispielsweise das Stipendienwesen zur Verfügung, das gerade im Bereich der beruflichen Bildung künftig mehr darf, als es heute kann. Sie schauen auf den falschen Ort und es hat etwas Erpresserisches, mit diesem Argument diesen Lotteriefondsbeitrag durchdrücken zu wollen oder dafür zu argumentieren. Das bitte ich einfach zu berücksichtigen und es sei um der Ehrlichkeit halber eben auch noch einmal eingebracht.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Martin Sarbach gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 122 : 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf die Vorlage 5186a einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern, es braucht deshalb mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 118 : 49 Stimmen (bei 1 Enthaltung), Ziffer I der Vorlage 5186a zuzustimmen. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Vertretung des Kantons durch Mitglieder des Regierungsrates (Bewilligung)

Antrag des Regierungsrates vom 8. Juli 2015 und geänderter Antrag der Geschäftsleitung vom 10. September 2015

Vorlage 5215a

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil), Referent der Geschäftsleitung (GL): Vorliegend handelt es sich eigentlich um ein Routinegeschäft, könnte man meinen. Doch in der antragstellenden GL ist urplötzlich Widerstand dagegen entstanden, dass der Regierungsrat beabsichtigt, nebst Regierungsrat Markus Kägi neu nun Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh in den Verwaltungsrat der Axpo Holding AG (*Schweizer Energieunternehmen*) zu entsenden. Die Mehrheit der GL und auch der SVP unterstützt das Ansinnen der Regierung.

Die Axpo ist für den Kanton Zürich von grosser wirtschaftlicher und politischer Bedeutung, weshalb wir die Entsendung der Volkswirtschaftsdirektorin in den Verwaltungsrat als wichtig und auch als richtig erachten. Im Weiteren kann ich nicht verhehlen zu sagen, dass die linksgrünen Vertreter reichlich spät sind mit ihrem Anliegen. Zum Zeitpunkt, als die regierungsrätliche Entscheidung nämlich anstand, wollte Regierungsrätin Jacqueline Fehr gar nicht in den Axpo-Verwaltungsrat delegiert werden. Wie heisst es so schön: Wer zu spät kommt, den bestraft halt das Leben.

Namens der Mehrheit der Geschäftsleitung bitte ich Sie, den Geschäftsleitungs-Antrag zu unterstützen und die vorgeschlagenen Delegationen zu beschliessen. Ich danke Ihnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Esther Guyer stellt einen Antrag auf Nichteintreten. Sie hat das Wort.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich beantrage Ihnen

Nichteintreten.

Und wenn Sie doch eintreten, dann bitte ich um Rückweisung der Vorlage an den Absender. Und damit sind wir gar nicht zu spät, sie liegt jetzt da. Und darüber reden wir jetzt, lieber Jürg Trachsel.

Ich bitte um Rückweisung, damit wir dem Regierungsrat die Möglichkeit geben können, sich um eine ausgewogenere Besetzung, insbesondere natürlich des Verwaltungsrates der Axpo, zu kümmern. Mit dem Einsitz von Markus Kägi, SVP, und Carmen Walker Späh, FDP, schliesst die Regierung die Sichtweise der atomkritischen Bevölkerung völlig aus, und zwar nicht nur jetzt aus der direkten Kantonsvertretung, sondern auch aus dem gesamten Verwaltungsrat. Es ist doch äusserst fragwürdig, dass ein Verwaltungsrat, der sich mit dermassen wichtigen Fragen der Ausrichtung der zukünftigen Energiepolitik mit

ausschliesslich bürgerlichen Mitgliedern bestückt, in reiferem Alter dann noch. Es braucht in diesem Gremium dringend die kritische Sicht derer, die einen Atomausstieg befürworten. Und, meine Damen und Herren, Sie sind jetzt zwar Wahlsieger, aber ich sage Ihnen: Die Energiewende, die können Sie nicht mehr ausblenden. Die kommt, ob Ihnen das passt oder nicht. Sie können Sie nur ausbremsen, bis wir gegenüber den umliegenden Ländern noch mehr ins Hintertreffen geraten, das können Sie tun. Wenn Sie das machen, dann können wir uns nicht wehren, Sie sind in der Mehrheit, aber es ist nicht gut. Es braucht jetzt wirklich den Anstoss für fortschrittliche Strategien in diesem Verwaltungsrat. Ich kann Ihnen ein Beispiel vom Gegenteil sagen: Philipp Müller (*Präsident der FDP Schweiz*) hat im Wahlkampf immer wieder betont, dass die Energiewende vorschnell sei und letztlich nichts taue. Man wisse ja nicht – und jetzt hören Sie zu –, welche technischen Möglichkeiten man in den Jahren 2035 oder 2050 haben werde. Ich habe meinen Ohren nicht getraut, ja, was machen wir bis dann? Frieren wir uns ein oder was machen wir? Das ist bürgerliche Politik, so geht das doch nicht! Herr Müller sollte sich vielleicht einmal eine Woche lang in der ETH einschliessen und schauen, was die Leute da machen, und mit ihnen reden. Dann würde er nicht mehr solchen Stuss erzählen.

Die Axpo hat zwei immense Problemstellungen, die Finanzen und die Sicherheit. Finanziell stellt sie für den Kanton ein Grossrisiko dar. Sie lesen es bald täglich: Abschreiber folgt auf Abschreiber, Dividenden schwinden dahin, die grössten Gefahren finden wir natürlich im Bereich der Entsorgungskosten, im Bereich der Tochtergesellschaften uns so weiter. Und der Verwaltungsrat jammert und jammert und jammert, etwas anderes fällt diesen Männern nicht ein. Im Axpo-Jahresbericht lesen Sie zu Beginn, Sie müssen nicht einmal zwei Seiten umblättern: «Die Axpo leidet unter der politisch beeinflussten tiefen Grosshandelspreisen für Strom in Europa und muss deshalb ihre Kraftwerke und Bezugsverträge tiefer bewerten.» Dies das Zitat. Und dann noch die Klagerei über den verzerrten Strommarkt in Europa. Selbst wenn dieser den bürgerlichen Herren nicht gefällt, dieser Markt ist politisch gewollt und stützt sich auf Mehrheiten. Das ist die Realität, damit sollte sich dieser Verwaltungsrat befassen – und nicht mit der Jammerei.

Das zweite grosse Problem, auch das jetzt täglich in den Zeitungen, ist die Sicherheit, beispielsweise Beznau (*Atomkraftwerk Beznau*). Man liest es immer: Geht es nach dem Verwaltungsrat, sollen die Schäden am Reaktormantel von Beznau I mit einigen 100 Millionen geflickt werden, und dann wieder ans Netz – bis zum nächsten Mal natürlich.

Die Axpo mit Beznau und Sepp Blatter (*Josef Blatter, suspendierter Präsident der FIFA*) haben genau dasselbe Problem: Man zieht den Stecker viel zu spät. Um Blatter müssen wir uns nicht kümmern, das ist klar, das macht die Justiz, aber für Beznau tragen wir hier die Verantwortung, wir und niemand sonst. Es muss alles vorgekehrt werden, damit es nicht zu einem Störfall mit verheerenden Auswirkungen kommt, etwas, das Sie auf der anderen Seite sich offenbar nicht vorstellen können, denn Fukushima ist schon zu weit weg. Aber es könnte auch hier passieren, und das wäre verheerend. Es braucht in diesem Verwaltungsrat atomkritische Stimmen und Leute, die fähig und willens sind, eine Strompolitik der Zukunft zu initiieren.

Wir trauen Jacqueline Fehr einiges zu und wir wissen auch, dass sie jetzt mit einem bisschen Support von unserer Seite in den Verwaltungsrat eintreten würde. Ich bitte Sie um Rückweisung, damit der Regierungsrat die Gelegenheit bekommt, noch einmal nachzudenken. Danke.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Jürg Trachsel hat es einleitend erwähnt, eigentlich ist es ein Routinegeschäft, mit dem wir uns heute Morgen auseinandersetzen, das in weniger als fünf Minuten vom Tisch sein sollte. Heute ist das nicht so. Das hat mit dem prekären Zustand der Axpo zu tun, vor allem aber mit der völlig unbefriedigenden, höchst einseitigen Zusammensetzung ihres Verwaltungsrates. Wir stellen den Antrag auf Rückweisung an die Regierung, nicht weil wir mit der ganzen Vorlage unzufrieden sind – die Vertretung der Regierung des Kantons im Verwaltungsrat der Flughafen AG, der Messe Schweiz AG und der Rheinsalinen AG ist nachvollziehbar und sachgerecht. Die Ausnahme stellt tatsächlich die Axpo dar. Für uns ist Frau Regierungsrätin Walker Späh keine überzeugende Nomination, die Regierung soll hier noch einmal über die Bücher.

Die Axpo ist für unseren Kanton ein besonderes Unternehmen. Wir sind zusammen mit den EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) im Besitz von 37 Prozent des Aktienkapitals, wir stellen vier von 13 Verwaltungsräten. Damit sind wir ganz besonders in der Verantwortung bei der Axpo. Leider ist dieses Unternehmen wenig erfolgversprechend unterwegs. Viele sprechen – wir meinen, zu Recht – von einem Klumpenrisiko für den Kanton. Lassen Sie mich das kurz begründen: Über ihre grosse Beteiligung an AKW (*Atomkraftwerke*) ist die Axpo mit der Ungewissheit des Ausstiegs belastet, Atomstrom wird heute kaum mehr kostendeckend produziert. Zudem sind die AKW in der Bilanz massiv überbewertet. Zudem sind die AKW mit

den enormen Kosten für die Atommüllbeseitigung konfrontiert. Trotz allen Beschwichtigungen aus Bundesbern, der Stilllegungs- und Entsorgungsfonds ist bei Weitem nicht so bestückt wie nötig, es fehlen Milliarden. Bei der Wasserkraft liegen die Gestehungskosten häufig über den Grosshandelspreisen. Im Stromhandel hat sich die Axpo in den USA in risikoreiche Termingeschäfte verwickelt. Kollega Amrein (*Hans-Peter Amrein*) hat in seiner Anfrage (160/2015) vom September 2015 den Finger auf den wunden Punkt gelegt. Er hat die richtigen Fragen gestellt, von der Regierung aber kamen kaum befriedigende, hoch technische, alles andere als beruhigende Antworten. Die Axpo hat keine überzeugende Strategie für die Energiewende, für die Zeit nach dem Ende des künstlich verbilligten Atomstroms. Das aber wäre die Hauptaufgabe des Verwaltungsrates. Es stimmt zwar, andere grosse schweizerische Stromversorger stehen noch schlechter da als die Axpo, das aber ist ein schlechter Trost.

In der Verantwortung steht der Verwaltungsrat. Er zählt 13 Mitglieder, fünf von ihnen zählen sich zur FDP, vier stammen aus der SVP, einer aus der EVP. Nur gerade drei sind ohne Parteizugehörigkeit, die Axpo ist damit fest in bürgerlicher Hand, links/grün/alternativ ist nicht verstreut. In der letzten Legislatur hat immerhin Martin Graf (*Altregierungsrat*) als grünes Gewissen und Stachel im Fleisch des bürgerlichen Männergremiums wirken können, mit seinem Ausscheiden ist offensichtlich kein Ersatz in Sicht. Wir kennen Carmen Walker Späh als aktive Kantonsrätin mit einem beeindruckenden Palmarès als Bau-, Immobilien- und Gesellschaftspolitikerin. Sie hat sich um vieles gekümmert, kaum aber um die Energiepolitik und schon gar nicht um die Strategie zur Energiewende. Wir trauen ihr durchaus zu, die volkswirtschaftlichen Interessen Zürichs zu vertreten. Kein Vertrauen haben wir in ihren Willen und ihre Kompetenz, die dringend nötige Neupositionierung und strategische Umorientierung der Axpo voranzubringen. Genau darum geht es aber in den nächsten vier Jahren.

Aus dem Regierungsrat verlautete, Jacqueline Fehr hätte das Amt anlässlich der Konstituierung der Regierung haben können, es aber nicht angestrebt. Das mag ja so sein. Wir halten uns an die gute alte Regel, dass wir Geflüster aus der regierungsrätlichen Küche mit Vorsicht zur Kenntnis nehmen. Als Legislative haben wir aber das verfassungsmässige Recht und die Pflicht, die regierungsrätlichen Vertretungen in den wichtigsten Unternehmen kritisch zu prüfen. Mit GLP, den Grünen und der AL sind wir zum Schluss gekommen, dass die Regierung bei der Axpo-Vertretung noch einmal über die Bücher soll. Zürich hat mit vier von 13 Sitzen – ich habe es erwähnt – die Möglichkeit, für eine ausgewogenere konkordantere Zusammensetzung zu sorgen.

Mindestens eine grüne, alternative, zukunftsgerichtete Stimme muss an der Axpo-Spitze mitreden können. Das ist der Auftrag, den wir mit der Rückweisung verbinden. Jacqueline Fehr erfüllt alle Voraussetzungen für diese Rolle. Dass die Axpo für sie ein wichtiges Thema ist, hat sie mit ihrem letzten Vorstoss im Nationalrat gezeigt. In einer Interpellation zur Axpo hat sie dem Bundesrat die richtigen Fragen gestellt und eine zielführende Wende in der Energiepolitik skizziert, einen Ausweg aus dem Klumpenrisiko-Dilemma.

Ich komme zum Schluss: Mit der Rückweisung an die Regierung nehmen wir als Kantonsrat unsere Verantwortung gegenüber einer der wichtigsten Beteiligungen des Kantons ernst und leisten einen kleinen Beitrag für eine bessere Energiezukunft. Speziell an die Adresse der SVP: In den letzten Monaten kamen aus Ihren Reihen bemerkenswert kritische Voten und Vorstösse zum Thema Axpo. Heute haben Sie Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass diese Kritik sich auch an der Axpo-Spitze regelmässig und prominent Gehör verschaffen kann. Ihre Partei singt auch seit gestern so lautstark wie kaum je das Hohelied der Konkordanz und fordert eine Zusammensetzung des Bundesrates entsprechend dem Parteiproporz. Sie können heute zeigen, wie ernst es Ihnen mit der Konkordanz ist, indem sie unseren Rückweisungsantrag unterstützen und dafür sorgen, dass Konkordanz auch an der Spitze der Axpo Einzug halten kann.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Ich bedaure es, dass Sie die Frage der Abordnung in den Verwaltungsrat der Axpo heute hier drinnen verpolitisieren wollen. Ja, Esther Guyer, dein Votum hat ja vor allem von einer schlechten Wahlverliererin gezeugt, ich würde mich jetzt mal ein bisschen zurückhalten. Denn rein fachlich gesehen, ehrlich gesagt, macht die Volkswirtschaftsdirektorin unendlich viel mehr Sinn in diesem Verwaltungsrat als eben beispielsweise die Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*), die nun wirklich gar keinen Bezug zur Axpo hat. Das müssten Sie eigentlich ohne grosse Umschweife selbst eingestehen, es sind ja unter anderem Sie selbst, die sich hier im Kantonsrat regelmässig mit der Axpo und ihrer Bedeutung für die Zürcher Volkswirtschaft befassen, zum Beispiel mit Anfragen, die Titel tragen wie «Wird die Axpo zum nächsten Fall «Swissair»?», «Axpo oder Rosatom?» oder «Sonderprüfung bei der Axpo» et cetera. Es ist also offensichtlich, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung der Axpo ausgesprochen gross ist. Wenn Sie sich dann aber gegen die Einsitznahme der Volkswirtschaftsdirektorin stellen, dann kann diese ablehnende Haltung nun wirklich nur noch ideologischer, politischer Natur sein. Es steht also nicht die Funktion, die Auf-

gabe des jeweiligen Regierungsmitglieds im Vordergrund, sondern wirklich nur noch Ideologie beziehungsweise Politik. Und wenn wir eben die Politik als Massstab nehmen, was Sie offenbar wollen, dann sieht es eben auch nicht besser aus. Dann muss ich Ihnen halt sagen, dass Sie bitte zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Zürcher Souverän die Regierung des Kantons Zürich im Frühling 2015 im Verhältnis fünf zu zwei (*fünf bürgerliche, zwei linke Regierungsratsmitglieder*) gewählt hat. Auch unter dieser Prämisse – es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen – müssen zwei bürgerliche Vertreter die Bevölkerung im Kanton Zürich im Verwaltungsrat der Axpo vertreten. Sie sind also argumentativ leider wirklich nicht sehr konzis unterwegs.

Ich finde es auch deplatziert, in welcher Art und Weise Sie Frau Walker Späh hier die Kompetenz in Energiefragen absprechen möchten. Carmen Walker Späh hat in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, sei es beim VAG (*Verkehrsabgabengesetz*), sei es bei der Tiefenergie, dass sie sich mit diesen Fragen intensiv auseinandersetzt. Wenn dann sogar noch das Kriterium kommt, es seien lauter Leute reiferen Alters, Esther Guyer: Carmen Walker Späh ist also deutlich jünger, als es Martin Graf beispielsweise war, da scheint das aber keine grosse Rolle gespielt zu haben.

Nein, es ist offensichtlich, was hier jetzt abgeht. Bei diesem Spiel machen wir nicht mit. Wir sind klar der Auffassung, dass Carmen Walker Späh sowohl fachlich wie auch insbesondere von ihrem Amt her die Voraussetzungen mitbringt, dass sie auch von der politischen Seite her die richtigen Voraussetzungen mitbringt. Und unter diesem Titel werden wir dieser Rückweisung selbstverständlich nicht zustimmen.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Die Axpo stellt ein grosses finanzielles Risiko dar, die Axpo ist «too big to fail». Der Verwaltungsrat hat wichtige Entscheide zu treffen und diese müssen gut vorbereitet und vor allem eben auch breit abgestützt und breit diskutiert sein. Deshalb wollen wir Grünliberale mehr – sagen wir es fein formuliert – «Diversity» im Verwaltungsrat oder, deutlicher formuliert, eine atomkritische Stimme. Diese war in der letzten Legislatur gegeben durch Martin Graf, seines Zeichens Justizdirektor, von der Direktion her nicht gerade prädestiniert dafür, aber er hatte trotzdem Einsitz, zu Recht, meinen wir. Und jetzt würden wir diese Position wiederum durch die Justizdirektorin einbringen lassen, nicht weil sie Justizdirektorin ist, sondern eben weil sie eine andere Sichtweise einbringt und diese gewährleistet. Oder sonst, wenn ich mit dem finanziellen Risiko eingestiegen bin, wäre es vielleicht auch nicht abwegig, den Finanzdi-

rektor dorthin abzuordnen, wenn wir an das finanzielle Risiko der Axpo denken. Wir verlangen jedenfalls, dass der Regierungsrat diese Delegation nochmals überdenkt, und werden der Rückweisung zustimmen. Danke.

Die Beratung der Vorlage 5215a wird unterbrochen.

Gratulation zur Geburt von Zwillingen

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich werde hier die Pause einschalten. Bevor ich Sie aber in die Pause entlasse, haben wir noch etwas zu gratulieren. Und zwar sind am 29. September 2015, einen Tag nach unserer letzten Kantonsratssitzung die Zwillinge der Familie Wiederkehr (*Josef Wiederkehr*) geboren, Marie Katharina und Carl Josef. Ich habe gehört, es ginge beiden gut, sie seien am Gewicht-Aufholen und sie seien zu Hause – jetzt, wo sich der Vater ins Militär verabschieden muss. Nichtsdestotrotz gratulieren wir herzlich und wünschen alles Gute und überreichen ihm selbstverständlich zwei Löwen. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht dem frischgebackenen Vater, der einen Tarnanzug trägt, die beiden Plüschlöwen.*)

Die Beratung der Vorlage 5215a wird fortgesetzt.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Ich bin einer der nichtbürgerlichen Verwaltungsräte in der Axpo und in diesem Zusammenhang stelle ich selbstverständlich auch kritische Fragen. Und ich frage mich auch: Wie lange kann und darf man Kernkraftwerke in Betrieb lassen oder eben nicht? Wir haben es hier mit der Wahl einer Person zu tun, und diejenigen, die das nicht wollen, kommen eigentlich mit einer politischen Diskussion, die im Zusammenhang mit Vorstössen zu behandeln wäre. Das wird ja dann wohl auch der Fall sein, hier auf jeden Fall kann es nicht so sein.

Ich möchte aber auf einige Gründe trotzdem eingehen. Wenn Sie der Axpo vorwerfen, dass man immer «klönt», dann muss ich Ihnen sagen: In einer Regulierungsdichte der Energiepolitik, wo neue Erneuerbare (*neue erneuerbare Energien*) derart subventioniert werden, dass selbst unsere Erneuerbaren, wie Wasser, nicht mehr rentabel sind, da, müssen Sie zugeben, haben wir das Recht zu sagen, dass wir einen

falschen Weg in der politischen Landschaft beschreiten. Ich sage ja nicht, dass es falsch ist, wenn wir neue erneuerbare Energien unterstützen müssen, aber wir sollten das so machen, dass wir nicht andere erneuerbare und CO₂-freie Produktionen infrage stellen.

Wenn Sie hier mit der Sicherheit von Beznau kommen – ein zweiter Punkt –, muss ich Ihnen sagen: Die Auflagen des ENSI (*Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat*) werden eingehalten, die Kosten für einen Rückbau und für ein Tiefenlager werden ordnungsgemäss zurückgestellt. Und ob die Axpo ein Klumpenrisiko ist oder nicht, das zu beurteilen, glaube ich, ist einfach getan, wenn man einfach sagt «Das kostet so und so viel mehr», aber den Beweis schuldig bleibt. Wenn wir etwas unternehmen, wie jetzt das Trading auf Amerika auszubauen, und zwar mit ganz klar begrenzten Risiken, die wir auch ausgewiesen haben, dann, muss ich Ihnen sagen, müssen Sie gelegentlich sagen, was man tun soll. Man kann in Europa primär nur noch in einem subventionierten Markt Geld machen. Und nur in einem subventionierten Markt, wo man Geld machen kann, könnte man auch ausserordentlich zurückstellen.

Also in diesem Sinne will ich aber die politische Diskussion nicht führen, sondern Tatsache ist, dass Frau Fehr das Amt auf Anfrage nicht wollte und dass es jetzt müssig ist, darüber zu diskutieren, ob Sie eine andere Zusammensetzung wollen. Ich kann Ihnen einfach sagen, dass der Axpo-Verwaltungsrat die Energiewende bejaht, wie sie politisch formuliert wurde. Das heisst, der Ausstieg aus der Kernenergie ist unbestritten auch im Verwaltungsrat, und wenn Sie hier so tun, wie wenn das alles «Turbos» wären, die dagegen sind, dann stimmt das nicht. Was offen ist, ist die Frage der Terminierung. Wir sagen klar: Solange ENSI und die Sicherheitsverantwortlichen der Axpo die Sicherheit garantieren, solange bleiben die in Betrieb. Und wenn das nicht mehr der Fall ist, wird ausgestiegen, und zwar aus sicherheitstechnischen Gründen sofort und aus ökonomischen Gründen auch, wenn wir die Betriebskosten nicht mehr einfahren können, einen Abschreiber haben sie ja sowieso.

Also in diesem Sinne werden wir der Vorlage und der Wahl so zustimmen. Ich freue mich, wenn das auch mehrheitsfähig ist.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Die Axpo ist von grosser wirtschaftlicher Bedeutung für den Kanton Zürich, darum macht es Sinn, dass die Volkswirtschaftsdirektorin in diesem Verwaltungsrat Einsitz nimmt. Wir nehmen auch zur Kenntnis oder durften zur Kenntnis nehmen, dass der Regierungsrat sich einhellig für diese Delegation

ausgesprochen hat. Natürlich ergreifen Grüne und SP jede Gelegenheit, um eine Atomdebatte anzuschieben. Doch ich muss Ihnen sagen: Dies an dieser Personalie festzumachen, ist völlig überzogen und Effekthascherei. Sie sprechen davon, dass die Axpo ein Klumpenrisiko hat. Vielleicht ist das so, damit muss sich der Verwaltungsrat – und auch Verwaltungsrat Peter Reinhard – auseinandersetzen und der Kantonsrat muss ihn dabei überwachen. Dafür, für seine Energiepolitik, stehen unserem Parlament aber wesentlich bessere Instrumente zur Verfügung als das Auswechseln einer Verwaltungsrätin. Sie versuchen nun aber, mit einem einzelnen Personalentscheid das Ruder in Ihrem Sinne herumzureissen. Da muss ich Sie aber fragen: Sogar wenn das gelingen würde, gehen Sie tatsächlich davon aus, dass mit der Delegation von Jacqueline Fehr alles besser würde? Markus Späth stellt ja selbst fest, dass sie keine Spezialistin ist. Und ist das von Ihnen monierte Klumpenrisiko, das wir heute haben, nun mit oder gegen den Willen von Verwaltungsrat Martin Graf entstanden? Ich möchte Sie doch daran erinnern, dass wir hier keine Energiepolitik mit einzelnen Personen betreiben. Es ist nötig und richtig, dass die Personen im Verwaltungsrat Einsitz nehmen, die die entsprechenden Dossiers betreuen. Energiepolitik machen wir an anderer Stelle, zum Beispiel mit dem Energieplanungsbericht. Ich lade Sie dazu ein, dies weiterhin so zu halten und dem Antrag der Regierung zu folgen. Besten Dank.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Zum Glück ist das kein Routinegeschäft, diese Wahl in den Axpo-Verwaltungsrat, und wir führen hier eine politische Diskussion, Thomas Vogel, weil wir auch – ich glaube es zumindest – ein politisches Gremium sein sollten.

Es ist ja so, dass der Axpo-Verwaltungsrat und auch schon der vorgängige NOK-Verwaltungsrat (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) von unserer Seite immer kritisiert wurden. Er war und ist nämlich eine undemokratische Milchkuh, undemokratisch, die NOK und die Axpo, weil man ja die Zusammensetzung des Verwaltungsrates eben nicht bestimmen konnte – deshalb wollen wir ja auch den Gründungsvertrag der NOK aufheben –, eine Milchkuh, weil es immer Geld gab, und zwar ziemlich reichlich. Nun, diese Geldquelle ist am Versiegen. Wir wissen, seit 2013 wird keine Dividende mehr bezahlt. Im September 2015 konnte man lesen, die Axpo müsse 1,2 Milliarden abschreiben. Man muss dann noch mehr Geld abschreiben und man hat schon abgeschrieben. Es sind immer noch ein paar Milliarden Eigenkapital vorhanden, aber es ist alles andere als eine ökonomisch sichere Geschichte. Also an und für sich wäre es jetzt sogar spannend, in diesem

Verwaltungsrat zu sitzen, weil wir nicht genau wissen, wo die Reise hingeht.

Nun ist aber natürlich die Frage schon politisch: Wie setzen wir diesen Verwaltungsrat zusammen? Die EKZ entsenden zwei Sitze und wir, der Kanton, können zwei Verwaltungsräte bestimmen. Es wurde das Hohelied der Konkordanz gesungen und gesagt, wenn wir jemanden von unserer Seite hätten, wäre das konkordant. Ich muss doch schon eher sagen: Das ist der Katzentisch der Konkordanz, den wir da vielleicht besetzen würden. Wir glauben auch nicht, dass Jacqueline Fehr das Steuer herumreissen könnte. Alles gut und recht, aber so viel könnte sie als Einzige dort drin nicht bewirken. Aber es geht doch darum, Herr Reinhard: Sie haben gesagt, Sie seien ein nichtbürgerlicher Vertreter. Es geht, glaube ich, nicht darum, ob man bürgerlich oder nichtbürgerlich ist, sondern es geht darum, wie man zum Atomausstieg steht, ja oder nein. Bei der Axpo können Sie eben den Tatbeweis erbringen. Es geht doch darum: Wollen Sie Beznau wieder anwerfen oder wollen Sie Beznau nicht wieder anwerfen? Das ist doch die Frage. Wir wissen, es hat 1000 Löcher in Beznau. Das ENSI hat gesagt, man könne zurzeit nicht. Wir sagen: Dieses Kraftwerk, das 46 Jahre alt und das älteste Atomkraftwerk der Welt ist, das in Betrieb ist, muss sofort stillgelegt werden. Das kostet nochmals einen Abschreiber von über 1 Milliarde. Um das geht es. Es geht darum, ob man wirklich hinter dieser Energiewende steht, ob man Taten folgen lässt. Darum geht es. Und darum wäre es eben sinnvoll, dass auch diese atomkritischen Stimmen im Verwaltungsrat vertreten wären. Wir wissen, die Bevölkerung steht hinter einem Atomausstieg, mindestens ein grosser Teil der Bevölkerung steht hinter einem relativ raschen und zackigen Atomausstieg. Die Energiewende ist nicht einfach so, dass das ein Phantom einiger Spinner und Spinnerinnen ist. Es ist eine Realität, deshalb braucht es eben auch solche Stimmen im Verwaltungsrat. Nicht dass man nachher konkordant vertreten wäre in dieser Energiefrage, das glaube ich nicht. Aber es kann nicht angehen, dass wir quasi ein monokulares Gremium haben, das einfach immer nur alles nachbetet und unkritisch ist.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag auf Rückweisung gutzuheissen.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Bei der Axpo stehen im Moment weniger parteipolitische als ökonomische Fragen im Vordergrund. Von daher darf die vorgeschlagene Besetzung aus ideologischer Sicht nicht überbewertet werden. Zudem ist bekannt, dass Jacqueline Fehr

gar nicht bereit war, dieses Mandat zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund kommt die Aufregung von links reichlich spät, zu spät.

Die EDU unterstützt die vorgeschlagenen Vertretungen und lehnt den Minderheitsantrag ab.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Auch ich war am Anfang nicht unbedingt glücklich, ausgerechnet beim Axpo-Verwaltungsrat zwei Mitglieder zu wissen, deren Parteien nicht gerade jene Energiepolitik vertreten, die uns, der BDP, am Herzen liegt. Doch, wie so oft im Leben, darf man dann durch Gespräche durchaus klüger werden. Vor allem haben wir das Gespräch mit den Betroffenen gesucht. Wir möchten dadurch nicht einfach eine ideologische Meinung voranstellen. Wir wissen – in der Zwischenzeit auch öfters genannt –, dass sich Regierungsrätin Jacqueline Fehr zumindest bis heute gegen den Einsitz im Axpo-Verwaltungsrat ausgesprochen hat. Dies wurde uns ja auch von der Fraktion bis heute zumindest bestätigt. So macht es doch keinen Sinn, jemanden in einen Verwaltungsrat zu delegieren, der nicht unbedingt möchte. Die Wahl des Regierungsrates mit Frau Regierungsrätin Carmen Walker Späh macht darum sicher Sinn. Einerseits vertrat sie als Mitglied dieses Rates für uns doch eine noch naheliegendere Energiepolitik, als dies andere Regierungsmitglieder getan haben. Und wir müssen auch einmal überlegen: Was wäre denn grundsätzlich die Alternative gewesen, wenn wir die Situation der Axpo ansehen? Ich denke, da wäre noch unser Finanzminister Stocker (*Regierungspräsident Ernst Stocker*) geblieben. Doch gleich zwei SVP-Vertreter aus der Zürcher Regierung im Axpo-Verwaltungsrat scheint denn doch etwas verwegen.

Fazit ist also, dass wir, auch wenn wir nicht unbedingt zu den allglücklichsten Vertretern des Antrags gehören, diesem zustimmen werden.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Vor der Pause mussten wir uns unsägliche postelektorale Frustvoten von links-grün anhören. Diese beruhen auf einer krassen Fehleinschätzung des Wahlergebnisses, denn wenn Sie sehen, wer verloren hat, ist es ja klar. Wenn Sie jetzt suggerieren, dass die Bürger und die Mehrheit in der Schweiz die Energiewende befürworten, dann, wage ich zu behaupten, könnten Sie sich noch täuschen. Die Schweiz braucht nicht nur eine sichere Energieversorgung, sondern vor allem auch Versorgungssicherheit. Und das wurde erkannt und genau das garantieren die bürgerlichen Vertreter

mit der Volkswirtschaftsdirektorin im Verwaltungsrat. Stimmen Sie dem regierungsrätlichen Antrag zu. Danke.

Esther Guyer (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, in einer Frage sind wir viel weniger ideologisch als Sie denken. Wir haben jetzt von allen Seiten gehört, die Axpo habe ein grosses Finanzproblem. Da steht vieles an, bei dem nicht so ganz klar ist, wie es weitergehen soll in Zukunft, und es stehen vor allem viele Kosten an. Für den Kanton ist das bedeutungsvoll. Ich frage Sie jetzt schon und ich möchte die Auskunft auch von unserem Finanzdirektor: Es kann ja auch sein, dass der Finanzdirektor Einsitz nimmt. Mir ist es dann egal, ob er von der SVP ist oder von wem auch immer. Es ist wichtig, dass die richtigen Leute am richtigen Ort sitzen. Und wenn die Problemanalyse bei Ihnen dieselbe ist wie bei uns, dann, muss ich sagen, wäre der Finanzdirektor am richtigen Ort. Und jetzt haben Sie sich seltsamerweise auf Frau Walker Späh fixiert. Warum eigentlich? Es könnte auch Herr Kägi (*Regierungsrat Markus Kägi*) zurücktreten, du meine Güte! Aber eine Rotation wäre viel besser, wenn die Leute, die es betrifft, am richtigen Ort sitzen. Das wäre zurzeit ganz sicher der Finanzdirektor, er könnte jetzt vielleicht noch ein Wort dazu sagen, da wäre ich ihm dankbar. Wenn Sie schon nicht auf unseren Wunsch eingehen und eine eher atomkritische Verwaltungsrätin nominieren wollen.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Über was sprechen wir eigentlich heute Morgen? Haben wir den Energieplanungsbericht zur Debatte oder eine Bewilligung um Einsitznahme in Verwaltungsräte? Die Bewilligung – das wurde ja von niemandem gesagt – wird eigentlich begründet aus der Kantonsverfassung, in der es heisst, Regierungsräte und Regierungsrätinnen dürfen keine Nebentätigkeiten ausüben, die bezahlt sind, ohne dass sie vom Kantonsrat bewilligt werden. Die Entschädigungen fallen auf den 1. Januar 2016 weg, es gibt also keine entschädigten Delegationen mehr, aber der Kantonsrat kann selbstverständlich weiterhin diese Bewilligungen aussprechen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass der Regierungsrat – das macht er übrigens immer – nachdenkt. Und er überlegt sich sehr gut, bevor er Antrag an den Kantonsrat stellt. Einfach, damit das klar ist, es wurde ja heute Morgen von einigen Leuten infrage gestellt, aber das muss ich hier ganz klar festhalten: Der Regierungsrat hat genau geschaut und geprüft, wie man das machen will, und ist zum Schluss gekommen, dass der Baudirektor, der ja für die Energie zuständig ist in seiner Direkti-

on, und die Volkswirtschaftsdirektorin als Wirtschaftsministerin des Kantons Zürich die geeigneten Vertreter sind, die die Delegation beinhaltet. Es wurde ja gesagt, die Kandidatin, die gewünscht wird, wollte dieses Amt gar nicht, das kann ich einfach bestätigen. Deshalb sind wir klar der Meinung, dass diese Delegation nach wie vor richtig ist. Ich möchte einfach auch nochmals festhalten: Wir reden hier von circa 18 Prozent Axpo-Anteil. Und mit diesen 18 Prozent respektive der Hälfte davon wollen Sie die neue Energiepolitik einläuten? Die anderen 18 Prozent sind ja bei den EKZ und werden vom EKZ-Verwaltungsrat als Verwaltungsräte in die Axpo delegiert. Ich glaube einfach, und das habe ich auch ein bisschen vermisst: Vertretung in Verwaltungsräten, das ist nicht einfach ein Gremium, wo Sie wild politisieren können. Sie sind verpflichtet nach Aktienrecht, dass Sie dem Unternehmen, seiner Sicherheit, seiner Rentabilität und seiner Zukunftsfähigkeit Folge leisten. Sie können dort nicht einfach sagen «Ich bin SVP, ich will es so» und «Ich bin SP und mache es so». Sie haben eine Verpflichtung, dass Sie sich für dieses Unternehmen einsetzen. Selbstverständlich steht dahinter eine gewisse Grundhaltung, aber alles in allem ist ein Verwaltungsrat oder eine Verwaltungsrätin dem Unternehmen verpflichtet und der Strategie des Kantons. Und diese wird ja noch festgelegt.

Und zur Frage des Finanzdirektors: Selbstverständlich sind wir besorgt über die finanzielle Entwicklung der Axpo. Aber wenn Sie glauben, ein anderes Verwaltungsratsmitglied werde diese Probleme lösen können – das ist einfach nicht so. Ich möchte die 25 Millionen, die wir früher jährlich bekommen haben, auch weiterhin in meinem Portfolio haben, das gäbe in den nächsten vier Jahren 100 Millionen für die Entlastung des Haushaltes. Aber das ist nicht ganz so einfach zu lösen, wie Sie sich das vorstellen. Ich bitte Sie deshalb, auf den Antrag einzutreten und den Bewilligungen zuzustimmen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Esther Guyer hat beantragt, auf die Vorlage nicht einzutreten. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Antrag von Esther Guyer abzulehnen und auf die Vorlage 5215a einzutreten.

Minderheitsantrag von Esther Guyer, Markus Bischoff, Benno Scherrer Moser, Markus Späth und Rolf Steiner:

I. Die Vorlage wird an den Regierungsrat zurückgewiesen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 106 : 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag von Esther Guyer und damit die Rückweisung der Vorlage 5215a abzulehnen.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Rückgängigmachung der Halbierung der Kapitalsteuer

Motion von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und Rosmarie Joss (SP, Dietikon) vom 30. März 2015

KR-Nr. 103/2015, RRB-Nr. 668/24. Juni 2015 (Stellungnahme)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Steuergesetz dahingehend zu ändern, dass die per 2005 in Kraft getretene Halbierung der Kapitalsteuer rückgängig gemacht wird.

Begründung: In den letzten 15 Jahren wurde auf kantonaler Ebene das Kapital mit der Teilabschaffung der Erbschaftssteuer, der Abschaffung der Handänderungssteuer, der Halbierung der Kapitalsteuer, der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer sowie der Halbierung der Dividendenbesteuerung massiv entlastet. Gleichzeitig wurden Arbeitseinkommen und Konsum zusätzlich belastet.

Wie Anfragen in den grösseren Städten im Kanton Zürich zeigen, verursachten insbesondere die per 2005 erfolgte Abschaffung der Handänderungssteuer sowie die Halbierung der Kapitalsteuer von 1,5 Pro-

mille auf 0,75 Promille und der Wechsel auf den Einheitssteuersatz von 8% massive Steuermindereinnahmen. In Winterthur beispielsweise brachten die Halbierung der Kapitalsteuer und der Wechsel zum Einheitssteuersatz Steuermindereinnahmen von jährlich rund 23,75 Millionen Franken, was rund 9 Steuerprozenten entspricht. In der Stadt Zürich betragen die Ausfälle rund 183 Millionen Franken pro Jahr, was mehr als 12 Steuerprocente ausmacht.

Von der Halbierung der Kapitalsteuer haben vor allem die Grosskonzerne, namentlich der Finanzbranche, profitiert. Die Steuersenkungen haben weder Lenkungswirkung gezeigt noch zu mehr Direktinvestitionen geführt, sondern sind bloss Mitnahmeeffekte, die volkswirtschaftlich verpuffen, da die Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb ohnehin an einsamer Spitze steht.

Einerseits fehlen damit der öffentlichen Hand wichtige Einnahmen, um ihre notwendigen Leistungen zu finanzieren. Sowohl im Kanton Zürich wie auch in vielen Gemeinden werden deshalb wichtige Leistungen gekürzt, dem Staatspersonal dringend notwendige Teuerungsanpassungen verweigert oder (auf kommunaler Ebene) die Steuerfüsse erhöht. Andererseits wird damit verunmöglicht, die Einkommenssteuern zu senken.

Durch die Rückgängigmachung der Halbierung der Kapitalsteuer und die daraus erzielten Mehreinnahmen können nicht nur die Leistungen der öffentlichen Hand gewährleistet werden, sondern auch Arbeitseinkommen steuerlich entlastet werden.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Finanzdirektion wie folgt Stellung:

Im Gegensatz zur direkten Bundessteuer, bei der die juristischen Personen nur eine Gewinnsteuer entrichten, erheben die Kantone, vorgeschrieben durch Art. 2 Abs. 1 Bst. b des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG, SR 642.14), neben der Gewinnsteuer auch eine Kapitalsteuer. Seit 1. Januar 2005 beträgt diese für Korporationen mit Teilrechten sowie für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften 0,15%, für alle anderen juristischen Personen, so insbesondere Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und Genossenschaften, 0,75% des steuerbaren Eigenkapitals (einfache Staatssteuer; § 82 Abs. 1 Steuergesetz vom 8. Juni 1997 [StG, LS 631.1]). Nach dem Inkrafttreten des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997

am 1. Januar 1999 betrug die Kapitalsteuer bis Ende 2004 0,3‰ bzw. 1,5‰ (einfache Staatssteuer).

Seit 2007 erstellt BAK Basel Economics im Auftrag der Finanzdirektion – unter dem Titel «Zürcher Steuerbelastungsmonitor» – einen jährlichen Bericht zur steuerlichen Position des Kantons Zürich. Wie dem neuesten Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2014 entnommen werden kann (www.steuern.ch), liegt der Kanton Zürich bei den Kapitalgesellschaften und Genossenschaften im interkantonalen Belastungsvergleich im hinteren Drittel (S. 31). Bei einer Rendite von 20% und einem steuerbaren Eigenkapital von 2 Mio. Franken weist der Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften heute die sechstöchste Steuerbelastung auf. Nur die Kantone Tessin, Jura, Waadt, Basel-Stadt und Genf haben noch eine etwas höhere Steuerbelastung; in den anderen Kantonen, so insbesondere in sämtlichen Nachbarkantonen des Kantons Zürich, fällt jedoch die Besteuerung tiefer aus, wobei die Nachbarkantone Zug und Schwyz zu den günstigsten Kantonen in der Schweiz überhaupt gehören (Steuerbelastungsmonitor 2014, S. 27). Dabei fällt auf, dass der Kanton Zürich seit dem erstmaligen Erscheinen des Steuerbelastungsmonitors 2007 (Steuerbelastung für 2006) im interkantonalen Vergleich «deutlich an Boden verloren» hat (Steuerbelastungsmonitor 2014, S. 31).

Bei alledem ist auch auf die anstehende Unternehmenssteuerreform III des Bundes hinzuweisen; der Bundesrat will die Botschaft dazu noch vor den Sommerferien verabschieden. Der dabei vorgesehene Wegfall der kantonalen Steuerstatus für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften soll wenigstens teilweise durch neue harmonisierungsrechtliche Massnahmen, wie die Einführung von sogenannten Lizenzboxen, kompensiert werden. Es ist aber anzunehmen, dass verschiedene Kantone allgemein ihre Steuern für juristische Personen senken werden, um damit ihre Wettbewerbsfähigkeit für die bisherigen Statusgesellschaften – vorab im internationalen Verhältnis – zu erhalten. Dies wiederum dürfte aber bei juristischen Personen auch zu einer Verschärfung des interkantonalen Steuerwettbewerbs führen. Daraus werden sich für den Kanton Zürich neue Herausforderungen ergeben.

Aus diesen Gründen wäre eine Verdoppelung der Kapitalsteuer im Kanton Zürich bzw. eine Rückgängigmachung der ab 2005 erfolgten Halbierung der Kapitalsteuer ein Schritt in die falsche Richtung. Der Regierungsrat beantragt daher dem Kantonsrat, die Motion KR-Nr. 103/2015 nicht zu überweisen.

Mattea Meyer (SP, Winterthur): Es reicht! In den vergangenen Jahren wurde das Zürcher Steuersystem durch eine bürgerliche Ratsmehrheit regelrecht umgepflügt. Ein paar wenige wurden mit Steuerprivilegien regelrecht überschüttet. Dem Staat werden so bewusst Mittel entzogen, die ihm dann für die Ausübung seiner Leistungen fehlen. Die Antwort auf diese Defizite folgt dann umgehend in Form von Sozialabbau und Privatisierungen. Oder anders gesagt: Ein paar wenige profitieren, während alle anderen, die Normalverdienenden, also der Mittelstand, Staatsangestellte, aber eben auch die Schwächsten unter uns nicht einfach leer ausgehen, sondern dafür zahlen und sogar draufzahlen müssen. In den letzten 15 Jahren wurde auf kantonaler Ebene das Kapital mit der Abschaffung der Handänderungssteuer auf kommunaler Ebene, der Halbierung der Kapitalsteuer, der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer und der Halbierung der Dividendenbesteuerung massiv entlastet. Gleichzeitig wurden Arbeitseinkommen und Konsum zusätzlich belastet. Die Zahlen dieser Steuerausfälle sind erschreckend. Wie die Anfragen, die die SP in den kommunalen Parlamenten eingereicht hat, zeigen, verursachten insbesondere die Halbierung der Kapitalsteuer von 1,5 Promille auf 0,75 Promille und der Wechsel auf den Einheitssteuersatz von 8 Prozent massive Steuermindereinnahmen. In Winterthur beispielsweise brachten die Halbierung der Kapitalsteuer und der Wechsel zum Einheitssteuersatz Steuermindereinnahmen von sage und schreibe jährlich rund 23,75 Millionen Franken, das sind 9 Steuerprozent, geschätzte Kantonsräte. In der Stadt Zürich betragen die Ausfälle rund 183 Millionen Franken pro Jahr, was sogar mehr als 12 Steuerprozent ausmacht. Das ist Geld, Geld, das in der Kasse fehlt, und Geld, das fehlt, um die Normalverdienenden steuerlich zu entlasten. Von dieser Halbierung der Kapitalsteuer profitierten und profitieren vor allem die Grosskonzerne namentlich der Finanzbranche. Die Steuersenkungen haben nicht zu mehr Direktinvestitionen geführt. Sie sind lediglich Mitnahmeeffekte, die volkswirtschaftlich verpuffen, steht doch die Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb ohnehin an einsamer Spitze.

Doch sowohl im Kanton Zürich wie auch in vielen Gemeinden wurden wichtige Leistungen deshalb gekürzt, dem Staatspersonal dringend notwendige Teuerungsanpassungen jedes Jahr verweigert oder eben auch auf kommunaler Ebene die Steuerfüsse für alle erhöht. In Winterthur wollten im vergangenen Frühjahr die Bürgerlichen sogar benachteiligte AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger zur Kasse bitten mit der Abschaffung der Gemeindezuschüsse. Das ist, geschätzte Kantonsräte, Umverteilung von unten nach oben in Reinform.

Durch die Rückgängigmachung der Halbierung der Kapitalsteuer und die daraus erzielten Mehreinnahmen können nicht nur die Leistungen der öffentlichen Hand gewährleistet, sondern eben auch das Arbeitseinkommen aller steuerlich entlastet werden. So könnte beispielsweise der Steuerfreibetrag erhöht werden, einen entsprechenden Vorstoss hat die SP hier im Kantonsparlament bereits eingereicht. Wir werden heute oder an einem anderen Sitzungstag darüber befinden. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg): Diese Forderung steht völlig schräg in der Landschaft, und zwar in jeder Hinsicht. In einer Zeit, da der Bund, die Kantone, die Wirtschaft dafür kämpfen, unsere Unternehmen und unsere Arbeitsplätze in der Schweiz zu halten und im internationalen Wettbewerb mitzuhalten, werden sie mit dieser Forderung geradezu vertrieben. Die Motionärinnen behaupten, ohne den Beweis dafür anzutreten, die Halbierung der Kapitalsteuer im Jahr 2005 hätte der Wirtschaft nichts gebracht, das Geld würde nicht reinvestiert, sondern mitgenommen. Diese Behauptung steht diametral entgegen der Tatsache, dass die Bevölkerungszahl und die Arbeitsplätze seit 2005 kontinuierlich gestiegen sind. Hier ein paar Facts: Die Anzahl Beschäftigte ist seit 2005 von 720'000 auf 840'000 gestiegen, 120'000 mehr innert zehn Jahren. Wie soll das passiert sein, wenn die Unternehmen nicht investieren? Die Anzahl steuerpflichtige juristische Personen ist von 48'000 auf 68'000 gestiegen, das sind 20'000 Unternehmen mehr im Kanton. Die Summe der eingenommenen Kapitalsteuern hat sich von 86 Millionen auf 150 Millionen fast verdoppelt. Und das alles soll dem Kanton nichts gebracht haben?

Aber besonders scheinheilig ist die Klage der Motionärinnen, dass sich mit dieser Steuerpolitik keine Entlastung der Einkommenssteuer erzielen lasse. Als wäre es je das Ziel der SP gewesen, die Einkommenssteuer zu senken. Wo sie noch letzte Legislatur eine Erhöhung der Einkommenssteuer um sage und schreibe 7 Prozent durchbringen wollte. Da fehlt uns schlicht die Glaubwürdigkeit der Begründung, und die Motivation hinter diesem Vorstoss ist diffus. Wir lehnen ihn dezidiert ab.

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich): Die Motionärinnen verlangen, dass die Kapitalsteuer bei den juristischen Personen verdoppelt wird. Dem Antrag des Regierungsrates, die Motion nicht zu überweisen, schliessen wir uns selbstverständlich an. Ich möchte die Ausführungen von Frau

Bellaiche durch ein paar grundsätzliche Argumente ergänzen und ein paar grundsätzliche Überlegungen in Erinnerung rufen.

Als Wirtschaftsstandort ist der Kanton Zürich auf tiefe Steuern angewiesen. Tiefe Steuern sind wichtig, damit Unternehmen ihre Mittel in ihre Geschäftstätigkeit, in Innovation und letztlich in die Schaffung von Arbeitsplätzen investieren können. Und tiefe Steuern sind wichtig, damit der Staat nicht überbordert, damit er seine Kontrolltätigkeit nicht immer mehr ausbaut und sich nicht in immer mehr Bereiche einmischt, in denen sich Private entfalten sollten. Darum ist das erste Argument, das die Motionärinnen anführen, nämlich die verminderten Steuereinnahmen, schon im Ansatz verkehrt. Verminderte Steuereinnahmen sind etwas Erfreuliches. Ein Staat, der für seine Bürger da ist, freut sich über verminderte Steuereinnahmen. Die Stadträte von Zürich und Winterthur sollten aus Anlass dieses freudigen Ereignisses einen kleinen, bescheidenen Mitarbeiter-Apéro durchführen, so wie ein gutes Unternehmen es macht bei einem erfreulichen Geschäftsergebnis. Nur ein Staat, der für sich selber da ist, beklagt Steuerminderungen. Anders wäre es dann, wenn der Staat und konkret die beiden Städte Zürich und Winterthur notwendige öffentliche Leistungen nicht mehr erbringen könnten. Davon kann aber nicht die Rede sein, zumal nicht, wenn jemand in den Städten Zürich und Winterthur lebt. Es werden hier weiterhin schöne, teure Strassen und Schulhäuser gebaut, die Stadtverwaltungen wachsen weiter überproportional im Verhältnis zur Bevölkerung und der Staat, die Städte fungieren als Mäzene und Kulturförderer. Damit bleibt es dabei: Die Steuerminderungen, verehrte Linke, sind eine erfreuliche Botschaft. Freuen wir uns darüber!

Dass darüber hinaus im interkantonalen Steuerwettbewerb der Kanton Zürich ohnehin nicht sonderlich gut da steht, hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ebenfalls ausgeführt. Und zudem, dass der jetzige Moment, wo das schweizerische und das kantonale Steuersystem wegen der Unternehmenssteuerreform III in Gefahr sind und umgekrempelt werden, dass dies der ungünstigste Moment für einen solchen Vorstoss ist, das sei als letztes Argument hier noch angeführt.

Die Motion ist darum nicht zu überweisen. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Kluge, ja sogar brillante Köpfe hat es in diesem Saal auch nach den Wahlen immer noch viele. Und klug ist es auch, vor wichtigen Wahlen das Wort «Steuererhöhung» möglichst nicht in den Mund zu nehmen. Daher gab die Verfasserin dieser Motion ihrem Vorstoss auch lieber den Titel «Rückgängigma-

chung». Doch Faktum bleibt: Den vor zehn Jahren halbierten Steuersatz der Kapitalsteuer wieder auf 1,5 Promille festzusetzen, ist die Verdoppelung einer Steuer, und das in einer wirtschaftlich angespannten Zeit. Wir können es in der Stellungnahme des Regierungsrates lesen und auch im Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2014: Der Kanton Zürich ist im interkantonalen Belastungsvergleich im hinteren Drittel zu finden und er weist die sechsthöchste Steuerbelastung auf. Zu befürchten ist zudem, wie es schon Hans-Ueli Vogt ausgeführt hat, dass sich der interkantonale Steuerwettbewerb mit der anstehenden Unternehmenssteuerreform III des Bundes weiter verschärfen wird. Auch wenn die Steuern nur einen Aspekt unter vielen betreffend Standortwahl eines Unternehmens bedeuten, so ist es dennoch kein unbedeutender. Und unser Kanton darf in diesem Bereich nicht noch mehr an Boden verlieren. Es ist gesagt worden, es geht um Arbeitsplätze, um Innovationen.

Aus Unternehmersicht muss dem Anliegen der Motionärinnen ebenfalls kritisch begegnet werden. Damit gebe ich auch gerne meine Interessenbindung bekannt: Ich habe es schon mal gesagt, ich bin Inhaber eines KMU mit fünf Mitarbeitenden, die mit grossem Engagement während meiner politisch bedingten Abwesenheit wunderschöne und auch preiswerte Massivholzmöbel herstellen (*Heiterkeit*). Mit der Kapitalsteuer werden wir, wie alle KMU, auch dann belastet, wenn wir keinen Gewinn machen. Hinzu kommt, dass der Steuersatz de facto ohnehin mehr als 0,75 Promille beträgt, denn es müssen ja noch die Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern aufgerechnet werden. Zu Recht wird immer wieder betont, dass unsere kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat der Schweiz bilden.

Die Anhebung des Tarifs für die Kapitalsteuer ist darum gegenüber unseren KMU in der jetzigen Situation nicht angezeigt und ein denkbar schlechtes Signal. Die EVP-Fraktion wird darum gegen eine Überweisung der Motion stimmen.

Alex Gantner (FDP, Maur): Dies ist eine weitere Vorlage des vor den kantonalen Wahlen lancierten SP-Steuererhöhungs-Paketes, das in seiner Gänze die FDP-Fraktion – wie kann es anders sein? – klipp und klar ablehnt. Nur schon die Begründung der Motionärinnen ist eigentlich haarsträubend und über weite Strecken falsch und entlarvt einmal mehr die steuer- und finanzpolitische Grundhaltung der Sozialdemokraten und das ständige Bashing gegen die Finanzbranche und Grossunternehmen: Steuern erhöhen, um die Staatsaufgaben erweitern und die Löhne der Staatsangestellten erhöhen zu können. Wir müssen es

immer wieder sagen und festhalten: Die Steuerbelastung für Unternehmen im Kanton Zürich ist im schweizerischen Vergleich sehr hoch, und demnach kann es gar nicht sein, geschätzte Motionärinnen, dass diese im internationalen Vergleich – ich zitiere – an einsamer Spitze stehen würden, wie ihr das suggeriert, das hat der jüngst publizierte Steuerbelastungsmonitor gerade wieder belegt. Bei der Steuerbelastung der Firmen muss es demnach genau in die entgegengesetzte Richtung gehen, nämlich nach unten, um gerade im innerschweizerischen, sich verschärfenden Steuerwettbewerb nicht den Anschluss zu verpassen.

Eine Halbierung rückgängig machen, heisst in anderen Worten – das hat mein Vorredner bereits gesagt –, eine Verdoppelung herbeizuführen. Das ist ein regelrechter Faustschlag ins Gesicht aller Unternehmen im Kanton Zürich. Vor allem denke ich an die unzähligen KMU, die Familienbetriebe und die Start-ups, die eine Mehrheit der Arbeitsplätze geschaffen haben und jeden Tag dafür kämpfen, diese zu erhalten oder sogar auszubauen. Die Motion ist schlicht wirtschaftsfeindlich. Sie ist unternehmensfeindlich, und das in einem bekanntlich sehr schwierigen und wegen der Unternehmenssteuerreform-III-Vorlage unsicheren Umfeld.

Wir werden die Motion daher nicht überweisen und schliessen uns der regierungsrätlichen Haltung an.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Liebe Motionäre, von wegen die Schweiz steht im internationalen Steuerwettbewerb an einsamer Spitze. Ich weiss nicht, in welcher Welt die Motionäre leben, in der aktuellen, realen Welt wird es offenbar kaum sein. Die CVP-Fraktion teilt aber auf jeden Fall die Meinung des Regierungsrates, wonach eine Verdoppelung der Kapitalsteuer im Kanton Zürich beziehungsweise eine Rückgängigmachung der 2005 erfolgten Halbierung der Kapitalsteuer ein Schritt in die komplett falsche Richtung ist. Vor allem wäre es ein verhängnisvoller Schritt in ein langjähriges Hintertreffen, indem die Standortattraktivität des Kantons Zürich nachhaltig geschwächt würde, und zwar dergestalt, dass die Befürworter einer Erhöhung dieser Kapitalsteuer als Vernichter von sehr vielen Arbeitsplätzen in die Geschichte eingehen würden. Auch hier weist der Regierungsrat sowohl nötigerweise als auch richtigerweise darauf hin, dass der Kanton Zürich schon heute im interkantonalen Vergleich relativ abgeschlagen im hinteren Drittel herumdümpelt.

Ausserdem ist es bezeichnend, dass nun gerade aus demselben politischen Hinterstübchen die Forderung kommt, den Unternehmen den

Anreiz zu nehmen, genug Sicherheitskapital anzulegen, welche vor kurzem noch am lautesten für mehr finanzmarktrechtliche Regulierung plädierten. Deshalb bin ich sogar der festen Überzeugung, dass man hierfür das Kapital von juristischen Personen überhaupt nicht fiskalisch belasten sollte, weil man damit nur die Motivation der Unternehmen schmälert, eine starke und arbeitsplatzsichernde Kapitalbasis zu bilden, die sie sicherer durch die unzähligen und unumgänglichen Konjunkturschwankungen führen soll.

Und überhaupt ist diese Motion ein klassisches sozialdemokratisches Ablenkungsmanöver aus der althergebrachten Küche der Steuerausfallzähler. Ich frage mich, wie oft man es noch sagen muss, bis es auch der letzte Winterthurer oder vielleicht auch Dietiker Politiker begriffen hat: Die Stadt Winterthur und weitere Leidensgemeinden mit ihr haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Insbesondere sind die Sozialkosten ausser Rand und Band, hier müsste man ansetzen. Sollte es hier zu Lösungsansätzen kommen, werde ich euch, meine lieben Kolleginnen, im Gegensatz zu dieser Motion gerne mein Gehör schenken.

Roger Liebi (SVP, Zürich): Da in dieser Motion ja namentlich auch die Städte erwähnt sind, möchte ich jetzt das Votum meines Vorredners aufgreifen und doch noch die einen oder anderen Fakten da mit hineinbringen. Er hat völlig recht, die Problematiken der Städte sind nicht die Einnahmeseiten, sondern einzig und allein die Aufwandseiten. Nehme ich die Stadt Zürich: Wir haben nicht Mindereinnahmen bei den Steuern, Frau Meyer. Die Stadt Zürich budgetiert für das nächste Jahr absolute Megarekordsteuereinnahmen von 2,8 Milliarden Franken. Die gleiche Stadt bringt es aber fertig, innerhalb der letzten zehn Jahre, von 2005 bis jetzt, das Fremdkapital, die Schulden von 7,5 Milliarden auf sage und schreibe unsägliche 10 Milliarden Franken zu erhöhen. Und sie bringt es auch fertig, die Personalstellen bis jetzt auf ungefähr 30'000 Stellen auszubauen. Das Problem liegt dort an der unsäglichen Fresslust oder Wachstumssucht des Staates, man will immer mehr selber machen. Es liegt nicht auf der Seite der Einnahmen.

Da Sie ja jetzt auch neu in den Nationalrat gewählt sind, wozu ich Ihnen sehr herzlich gratuliere, Frau Meyer, bin ich der grossen Hoffnung, dass Sie sich, wenn Sie sich schon um Wirtschafts- und Finanzpolitik kümmern, natürlich auch etwas mehr in die internationalen Fakten einlesen. Sie schreiben in Ihrer Motion, die Schweiz sei einfache Spitze bei den tiefen Steuern der Unternehmen. Frau Meyer, das

war vielleicht irgendwann mal so, als Sie damals Ihre Manifeste geschrieben hatten oder mitgeholfen hatten, diese zu schreiben, aber Sie haben eine gewisse Zeit einfach verpasst. Es ist leider nicht mehr so, und ich betone das Wort «leider» in meinem Votum. Es hat sich umgedreht. Sie sehen mit grossem Abstand, aber wirklich mit grossem Abstand, Länder wie Holland, Länder wie Irland oder andere, die weit vor der Schweiz liegen, was die Steuerpolitik für Unternehmen betrifft. Nicht einmal Deutschland ist, wenn man Kapitalsteuern für Unternehmen und Investoren insgesamt anschaut, noch sehr weit entfernt von der Schweiz. Und gerade Deutschland ist jetzt für mich nicht unbedingt das beste Beispiel für das, was in den letzten Jahren passiert ist. Natürlich, es ist ein sehr erfolgreicher Wirtschaftsstaat, aber sehr stark abhängig vom chinesischen Markt, was man jetzt ja auch sieht.

Ich würde Sie also bitten: Wenn Sie Motionen machen, die den Wirtschaftsstandort betreffen, dann wirklich auch den Wirtschaftsstandort zu vertreten. Und es sind nicht nur grosse Unternehmen, die das betrifft, Frau Meyer. Wenn Sie die grossen Unternehmen schwächen, dann schwächen Sie eben auch die kleineren und mittleren Unternehmen. Und Sie schwächen eben nicht nur die Unternehmen, Frau Meyer, Sie schwächen eben auch die Arbeitnehmer. Und es ist für mich eigentlich nicht einsehbar, wieso gerade ausgerechnet die Sozialistische oder die Sozialdemokratische Partei – Sie sind ja eher vom links-linken Flügel dieser Partei – die Arbeitnehmer bestrafen will.

Aus diesen Gründen, weil wir auch für die Arbeitnehmer sind, werden wir selbstverständlich diese Motion nicht unterstützen.

Martin Sarbach (SP, Zürich): Immer wenn es um Steuern geht, wird es natürlich schnell ein bisschen ideologisch, aber denken und hinterfragen ist auch hier nicht verboten. Und hinterfragen tun Sie vor allem etwas nicht, meine Vorredner, nämlich den Steuerbelastungsmonitor. Den beten Sie immer herunter und sagen, ja, man sieht ja, wie schlecht es steht für uns. Aber was wird denn da eigentlich gemessen? Das ist die Steuerbelastung in der Stadt Zürich, gegen die Sie gerade ein kleines Bashing gemacht haben, also nicht nur gegen Zürich, auch gegen Winterthur. Aber gemessen wird er anhand der Steuerfaktoren in der Stadt Zürich, und das ist nun mal nicht ganz repräsentativ für den Kanton und es zeigt, wes Geistes Kind dieser Steuerbelastungsmonitor ist. Also kommen Sie nicht jedes Mal wieder mit diesem Steuerbelastungsmonitor, der sagt überhaupt nichts.

Auch ein bisschen befremdend ist natürlich, wenn die SVP sich wieder mal aufspielt als Verteidigerin des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Es gibt keine Partei hier drin, die dem Wirtschaftsstandort Schweiz so sehr schadet wie die SVP. Sie wissen, was ich meine: die Masseneinwanderungsinitiative und dann auch noch die kommende, unsägliche EMRK-Kündigungsinitiative (*Europäische Menschenrechtskonvention*). Ich bitte Sie deshalb, stimmen Sie dieser Motion zu.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Erst kürzlich erschien im «Tagi» (*Tages-Anzeiger*) ein Artikel, der aufzeigte, dass seit den 90er Jahren die Zwangsabgabequote in der Schweiz deutlich angestiegen ist. Das Tiefsteuerland Schweiz ist längst Vergangenheit. Wenn man die korrekt berechnete Fiskalquote auf die Zeitachse umrechnet, ist heute der erste Tag, an dem ein Deutschschweizer nicht mehr für den Staat arbeitet, der 2. Juli. Ein halbes Jahr arbeitet man für den Staat. Ich persönlich erachte die Schweiz deshalb nicht als Steuerparadies, sondern als ein Land, in dem man sehr viel für den Staat arbeiten muss. Und ich denke, das ist nicht der Zeitpunkt, an dem man über die Rückgängigmachung der Halbierung der Kapitalsteuer diskutieren soll. Die Schweiz ist kein Steuerparadies mehr, sondern sie hat eine hohe Staatsquote, zum Beispiel analog Frankreich. Und ich habe noch nie jemanden gehört, der gesagt hat, Frankreich sei ein Steuerparadies.

Ganz kurz muss ich noch auf die Motionsbegründung eingehen. In den Gemeinden würden wichtige Leistungen gekürzt, wird da geschrieben. Ich sehe praktisch keine Gemeinde, die keine Aufwandsteigerung hat. Und leider gibt es keine Gemeinde, die Kürzungen budgetiert.

Dann wird noch suggeriert, dass das Staatspersonal dringend notwendige Teuerungsanpassungen erhalten müsse. Das würde bedeuten, dass wir jetzt, wo wir ja eine Negativteuerung haben, alle Löhne kürzen müssten. Frau Mattea Meyer, ich nehme Sie gerne beim Wort. Wir haben ja bald Budgetdebatte. Ich mache gerne Anträge mit Ihnen, bei denen wir die Negativteuerung thematisieren und allgemeine Lohnkürzungen machen werden.

Die EDU wird die Motion nicht unterstützen, und ich empfehle Ihnen: Machen Sie Gleiches. Danke.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Gestern haben wir ja der SP geholfen, dass sie ihren doppelten Salto vorwärts sauber gestanden hat. Wir haben unsere Arme ziemlich breit ausgebreitet, sodass sie wirklich gut gelandet ist. Jetzt mit dieser Motion machen Sie einen halben Salto retour. Sie werden auf den Kopf fallen und wir werden nicht allzu viel dazu beitragen, dass dem nicht so ist (*Heiterkeit*).

Wir wissen ja alle, dieses Steuerpaket der SP hätte ein Wahlkampf-Gag oder eine Wahlkampf-Granate vor dem Kantonsrats-Wahlkampf sein sollen. Es ist nie richtig gezündet worden. Es ist auch heute nicht richtig gezündet worden, das ist so. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir haben auch keine besseren Vorschläge eingereicht, das muss man ja selbstkritisch auch sagen. Aber der ideologische Zweihänder, der ausgegraben wurde, wurde ja dankbar aufgenommen in diesem Gremium. Wenn ich dann von Herrn Vogt höre, der sagt, der Staat gebe das Geld für Schulhäuser, für Kultur und für Strassen – Strassen! – aus, dann finde ich das schon sehr wundersam. Herr Vogt, seien Sie froh, dass man Schulhäuser baut. Denken Sie, wenn plötzlich kein universitärer Nachwuchs mehr wäre, dann wären Sie noch arbeitslos oder müssten an eine Privat-Universität wechseln. Und dass man die Infrastruktur unterhält – und dazu gehören auch Strassen –, das ist selbstverständlich und das ist ja auch richtig. Dass die Steuern natürlich ein eminent politisches Thema sind, ist auch klar, das wissen wir alle. Und tun Sie nicht so, als ob die Steuerbelastung immer zugenommen hätte. Da gibt es ja Zahlen im Kanton Zürich: In den letzten 25 Jahren ist die Steuerbelastung um 25 Steuerprozent zurückgegangen. Man hat rund 1,3 Milliarden weniger Steuereinnahmen. Wenn man diese Entlastungen nicht gemacht hätte, hätte man 1,3 Steuermilliarden mehr. Und die Frage bei den Steuern ist natürlich immer: Wer profitiert? Wer profitiert mehr von einer Entlastung und wer weniger? Und wer bekommt die staatlichen Leistungen? Wer profitiert mehr, wer profitiert weniger? Das ist das uralte Lied der Finanzpolitik und es ist natürlich eindeutig so, es ist offensichtlich – das muss ich dann trotzdem sagen und darum machen wir doch noch ein bisschen Schützenhilfe für diesen halben Salto retour –, dass die Besserverdienenden eher profitiert haben als die Schlechterverdienenden, das kann man alles nachrechnen, das erspare ich Ihnen jetzt. Deshalb werden wir, obwohl diese Motion offensichtlich kalter Kaffee ist – wir hätten lieber einen heissen Espresso –, diese Motion unterstützen.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Liebe Motionärinnen, Ihr Vorstoss zur Rückgängigmachung dieser Halbierung steht nach unserer Meinung absolut schief in der Landschaft. Nebst den üblichen ideologischen Gründen begründen Sie Ihre Motion auch mit der Gewährleistung der Leistungen der öffentlichen Hand sowie der steuerlichen Entlastung der Arbeitseinkommen. Gerade das Gegenteil werden Sie mit solchen Vorstössen erreichen. Es ist einfach so, wir stehen im Kanton Zürich unter einem enormen steuerlichen Druck. Und vergessen Sie einfach nicht, wo wir heute im nationalen Steuermonitoring stehen,

nämlich weit, weit hinten, im hintersten Drittel. Wenn Sie die staatlichen Leistungen denn unbedingt erhalten wollen, so stellen Sie, liebe Linke, endlich die Forderungen nach immer neuen staatlichen Leistungen ein. Wenn Sie die staatlichen Leistungen erhalten wollen, so zeigen Sie sich bitte bereit, den heute bereits überladenen Katalog an staatlichen Leistungen zu überprüfen und zu reduzieren. Ja, wenn Sie diese Bereitschaft haben und nicht nur den Ausbau des Sozialstaats, dann sind Sie tatsächlich jene Partei, die zur steuerlichen Entlastungen des Arbeitseinkommens massiv beiträgt. Auf jeden Fall nicht, indem Sie die Halbierung der Kapitalsteuer rückgängig machen.

Unsere Fraktion lehnt diese Motion entschieden ab.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Mitte September 2015 hat der Regierungsrat Budget und KEF 2016 bis 2019 (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) vorgelegt. Wer die Zahlen nur schon halbwegs überflogen hat, sieht, dass die Aussichten eher mehr als nur düster sind. Es betrifft den mittelfristigen Ausgleich, der für 2016 grad mal noch so und für die nachfolgenden Jahre überhaupt nicht mehr gewährleistet ist. Wer die Entwicklung der Verschuldung anschaut, wird sich die Augen reiben: Dass man seit 15 Jahren immer nur an der Ausgabenseite herumdenkt und herumschraubt, wenn man beim Budget ist, und nie über die Einnahmeseite nachdenkt. Dieser Vorstoss denkt für einmal wieder über die Einnahmeseite nach. Ich behaupte nicht, er sei das Gelbe vom Ei, aber er bringt mindestens diese Diskussion auf. Nachdem Markus Bischoff in seinem Votum und metaphorisch hübsch herumgeturnt ist, ohne halbe oder doppelte Salti, auch ohne dreifache Schrauben, versuche ich jetzt auf den Punkt zu bringen, warum wir Grünen diese Motion unterstützen werden.

Marcel Lenggenhager beispielsweise hat den Wert darauf gelegt, dass man die Bereitschaft zur Überprüfung staatlicher Leistungen an den Tag legen muss, so sinngemäss, wenn man verantwortungsvolle Politik betreiben will. Ich erinnere mich an mittlerweile zwölf Budgetdebatten und an relativ wenig konkrete Bereitschaft zur Überprüfung staatlicher Leistungen, ausser bei einigen ideologischen Kleinigkeiten, wie der Fachstelle Integration oder solche Dinge. Die Bereitschaft zur Überprüfung staatlicher Leistungen besteht in diesem Rat in seiner Mehrheit im Wesentlichen in Konto 4950, Reptilienfonds, Pauschalsparen. So kriegen wir die Ausgabenseite auf dem Papier in Ordnung. Der Regierung ist es dann überlassen, im Budgetvollzug dafür zu sorgen, dass diese Fantasiezahl vielleicht mal erreicht, vielleicht mal nicht erreicht wird. Ein ausgeglichenes Budget über die KEF-Periode

und damit den mittelfristigen Ausgleich werden wir so in der Ausgangslage ab 2016 bis 2019 mit Sicherheit nicht erreichen. Wir werden nicht darum herumkommen, auch über die Einnahmeseite wieder sprechen zu müssen, um zu schauen, woher denn – wenn wir die Leistungen nicht wirklich substanziell kürzen und niemand sagt, wo –, woher wir denn die erforderlichen zusätzlichen Mittel nehmen sollen. Und da ist schon die Frage in der Binnenverteilung der Steuereinnahmen, ob man weiterhin bei den Privatpersonen oder bei den doch mit der letzten Steuerreform sehr stark entlasteten Unternehmen nochmals genauer hinschauen muss. Diese Motion plädiert dafür, dies auf der Unternehmensseite zu tun, und so falsch kann das nicht sein.

Wenn man nicht den schweizerischen Vergleich, der für Unternehmensansiedlungen mässig relevant ist, anschaut, wo Zürich weit hinten ist, aber immer noch vor allen anderen Standorten, die so etwas wie einen Wirtschaftsstandortcharakter haben, sondern wenn man den relevanten internationalen Vergleich nimmt, der auch angesprochen wurde, dann steht Zürich, und zwar mit der Hauptstadt mit dem hohen Steuerfuss – noch nicht die tieferen, die auch möglich sind –, doch sehr gut da. Es steht eben schon etwas in diesem Zürcher Steuermonitoring, das jedes Jahr veröffentlicht wird, und nicht nur Ideologie. So quasi im Seitenwagen kriegen Sie eine Wirklichkeit präsentiert, die für diese Frage relevanter ist als der Vergleich bei den obersten Einkommen. Und dann haben Sie die Liste international der durchschnittlichen Steuerbelastung einer Investition aus dem BAK Taxation Index (*BAK Basel Economics, Basler Wirtschaftsforschungs- und Beratungsinstitut*) der Unternehmen. Da haben Sie Hongkong, Zug, Dublin, Ljubljana, Singapur, Prag, Warschau und dann Zürich – vor jeder west- oder nordeuropäischen Destination, mit Ausnahme von Dublin, ich hab's erwähnt. Und hier davon zu reden, die Schweiz sei auch für die Unternehmen quasi auf dem Weg zur Steuerhölle oder bereits eine solche geworden, geht schon sehr weit an den Fakten vorbei. In dieser Ausgangslage soll es nicht verboten sein, auch bei der Unternehmensbesteuerung Justierungen vorzunehmen.

Wir unterstützen im genannten Sinn diese Motion und denken, das ist nicht der letzte Schritt, der in diesem Bereich unternommen werden kann und unternommen werden muss. Wir werden Gelegenheit haben, das bei der Unternehmenssteuerreform III dann gesamthaft anzuschauen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mattea Meyer (SP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Eine sinnvolle Antwort auf die Ausführungen zur steuerlichen Position des

Kantons Zürich hat soeben Ralf Margreiter ausgeführt, darauf möchte ich nicht nochmals eingehen, aber trotzdem auf ein einiges heute in diesem Saal Gesagtes. Herr Hans-Ueli Vogt, von wegen erfreulicher Botschaft, das finden natürlich vor allem Ihre Freunde der Finanzbranche, die davon profitiert haben, oder Ihre Freunde der Grosskonzerne, die profitieren, wenn man unter angeblichem Spardruck privatisieren und liberalisieren muss, sicher aber nicht die Menschen hier in diesem Kanton. Und schon gar nicht, wenn diese Menschen bezahlen müssen, weil sie ihren Gemeinden entweder höhere Steuern zahlen oder aber schmerzhaften Leistungsabbau in Kauf nehmen müssen. Dass mehr Einnahmen nicht nötig seien, ist schlichtweg absurd. Ich erinnere Sie beziehungsweise jemand aus meiner Fraktion erinnert Ihre Fraktion gerne in den kommenden Budgetdebatten daran, wenn es dann eben wieder darum geht, dass man angeblich ganz viele Leistungen abbauen muss, weil die Steuereinnahmen fehlen. Es geht eben in dieser Debatte nicht um Steuererhöhungen, sondern es geht um Steuergerechtigkeit, die die Bundesverfassung vorsieht, und nichts anderes. Aber heute wird einmal mehr klar und offensichtlich, wer für den vielbeschworenen Mittelstand wirklich auch Politik macht und wer nur davon redet und letzten Endes Privilegien von Grosskonzernen stützen möchte. KMU leben davon, dass die Menschen ihr Geld ausgeben können für Konsum, für Dienstleistungen, dass sie das Geld dann eben nicht für zusätzliche Gebühren oder Steuern ausgeben müssen und es ihnen dann im Konsum fehlt. Es interessiert mich schon sehr, wie Sie der Bevölkerung erklären wollen, dass Sie lieber das Kapital von Grossunternehmen anstatt die Menschen steuerlich entlasten und ihnen gleichzeitig gute Leistungen seitens des Staates geben wollen.

Herr Hans Egli, Sie haben gesagt, wir müssten so lange für diesen Staat arbeiten. Ja, was ist denn der Staat? Der Staat, das sind wir, das sind unsere guten Schulen, in die unsere Kinder zur Schule gehen können, die gut ausgebildete Arbeitskräfte liefern. Das ist der öffentliche Verkehr, mit dem wir alle – oder die meisten von uns – heute hierhergekommen sind, das ist das Wasser, das wir heute trinken, oder der Strom, den wir brauchen, die gesamten Infrastrukturen, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden und eben für alle bezahlbar bleiben. Oder das ist die gute Gesundheitsversorgung, die wir alle in Anspruch nehmen wollen, wenn wir denn krank sind. Das, geschätzte Kantonsräte, ist der Staat, und dafür bezahlen wir auch zu Recht Steuern. Und wie gesagt, die Bundesverfassung sieht vor, dass diejenigen, die ein bisschen mehr besitzen, sich eben dementsprechend auch am

Staat beteiligen und diese Verantwortung übernehmen. Und dieses unverantwortliche Gebaren in den letzten Jahren, das muss aufhören.

Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen. Danke.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Ich möchte es eigentlich kurz machen, unsere Antwort war ja umfassend. Die Motionärin will die Kapitalsteuersätze verdoppeln. Wir sind klar der Meinung, dass das ein Schritt in die völlig falsche Richtung ist. Es wurde ja gesagt und wurde, glaube ich, auch nicht bestritten: Unternehmenssteuerbelastungen sind weltweit und europäisch am Sinken, denn der Wettbewerb ist intensiver geworden. Alle wollen Unternehmen haben, wollen Unternehmen an ihren Standorten haben, wollen Arbeitsplätze haben, um Wirtschaftswachstum und Arbeit zu erzeugen. Und Zürich, Sie wissen es alle ganz genau, ist nach wie vor recht gut aufgestellt, schweizerisch und international. Wir sind ja relativ weit hinten in diesen Vergleichszahlen, aber wenn Sie genau schauen, dann sehen Sie ja, dass die anderen Wirtschaftszentren noch etwas schlechter positioniert sind. Aber ich muss Ihnen sagen: Mit der Unternehmenssteuerreform III – und mit der wird sich ja die frischgewählte Nationalrätin Mattea Meyer dann befassen können, die ist momentan in der ständerätlichen Kommission in Beratung und wird nachher in den Nationalrat kommen –, mit dieser Unternehmenssteuerreform III, meine Damen und Herren, aus der Küche der Finanzministerin der Schweiz (*Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf*), die Sie alle hier ja bestens kennen, diese Unternehmenssteuerreform III stellt insbesondere den Kanton Zürich vor riesige Herausforderungen. Denn hier sollen ja die Unternehmen entlastet werden, und zwar alle. Und wenn es uns nicht gelingt, mit dem Bund und mit den anderen hauptbetroffenen Kantonen – das sind Genf, Basel-Stadt und Zürich – eine Lösung zu finden, dann wird das schwierig werden, insbesondere für den Unternehmensstandort Zürich, für die Belastung der Unternehmen, für unsere Arbeitsplätze und, ich sage es Ihnen auch als Finanzdirektor, für unser Steuersubstrat. Das ist die Herausforderung, die wir annehmen müssen. Deshalb sind wir mitten in Beratungen, wie wir Lösungen finden können, die zukunftstauglich sind, um unsere Attraktivität als Standort, unser Steuersubstrat und unsere Arbeitsplätze zu erhalten. In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion, die in die völlig falsche Richtung geht, abzulehnen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 120 : 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion 103/2015 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich denke, auch das nächste Geschäft gibt sehr viel zu sprechen, trotzdem möchte ich es noch machen. Sie müssen sich den Apéro verdienen.

8. Ausmass zu Steuerhinterziehung und mögliche Gegenmassnahmen

Postulat von Mattea Meyer (SP, Winterthur) und Rosmarie Joss (SP, Dietikon) vom 30. März 2015

KR-Nr. 104/2015, RRB-Nr. 622/10. Juni 2015 (Stellungnahme)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht das Ausmass der Steuerhinterziehung bei natürlichen und juristischen Personen im Kanton Zürich aufzuzeigen. Der Bericht soll gleichzeitig aufzeigen, welche Massnahmen getroffen worden sind und welche getroffen werden können, damit dem Kanton und den Gemeinden durch Hinterziehung keine Einnahmen entgehen.

Begründung:

Die Bundesverfassung legt fest, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen soll: Wer mehr verdient, zahlt mehr. Dieses Prinzip der Solidarität wird jedoch insbesondere von denjenigen juristischen und natürlichen Personen umgestossen, die ihre Steuern hinterziehen. Im Gegensatz zu vielen Ländern betrachtet die Schweiz die Steuerhinterziehung nicht als Straftat, sondern als Gesetzesübertretung, die mit Busse, Straf- und Nachsteuern geahndet wird.

Verschiedene Personen und Institutionen haben versucht, das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz zu schätzen. Je nach Studie wurde das Ausmass der Steuerhinterziehung bisher schweizweit auf zwischen 5 und 20 Mia. Franken pro Jahr geschätzt. (So schätzen beispielsweise Paul Aschwanden, der ehemalige Chef des Steueramtes der Stadt Zürich, sowie Hans Kissling, der ehemalige

Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, die Ausfälle auf 5 bis 10 Mia. Franken.)

Wie die genannten Zahlen sowie die Resultate der Mini-Steueramnestie zeigen, ist davon auszugehen, dass dem Kanton Zürich eine beträchtliche Summe an Steuern vorenthalten wird. Darunter leiden die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die die fiskalischen Mindereinnahmen durch höhere Steuern oder Leistungsabbau tragen müssen.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Finanzdirektion wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat hat in der Beantwortung der Interpellation KR-Nr. 106/2015 betreffend Ausmass der Steuerhinterziehung die Anzahl der von 2004 bis 2014 erledigten Nachsteuer- und Steuerhinterziehungsverfahren und die dabei erhobenen Nachsteuern und Bussen aufgeführt. Er hat weiter festgestellt, dass den Steuerbehörden nur der Betrag der hinterzogenen Einkünfte und Vermögen, der in den Nachsteuerverfahren der vergangenen Jahre besteuert wurde, bekannt ist. Hingegen fehlen die Grundlagen für eine seriöse Schätzung der Steuerbeträge, die dem Kanton Zürich und seinen Gemeinden aufgrund von Steuerhinterziehungen entgehen.

Auf Bundesebene wurde der Bundesrat mit Postulat 14.4239 betreffend Bericht über das Ausmass der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in der Schweiz aufgefordert, das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz aufzuzeigen. Der Bundesrat hat sich in seiner Stellungnahme vom 11. Februar 2015 bereit erklärt, im Sinne einer Gesamtschau die Stärken und Schwächen der verschiedenen Ansätze zur Messung der Steuerhinterziehung zu diskutieren und diese sowie die Massnahmen zur Eindämmung der Steuerhinterziehung in einem Bericht zu evaluieren.

Auf Bundesebene ist zudem eine Revision des Steuerstrafrechts in Bearbeitung. Mit dieser Revision sollen bestehende Schwächen des Steuerstrafrechts behoben und den Steuerbehörden erweiterte Untersuchungsmittel eingeräumt werden. Der Regierungsrat hat sich in seiner Vernehmlassung vom 18. September 2013 für diese Revision ausgesprochen (RRB Nr. 1030/2013). Der Bundesrat nahm am 2. Juli 2014 den Ergebnisbericht zur Vernehmlassungsvorlage zur Kenntnis und beauftragte das Eidgenössische Finanzdepartement, bis Ende 2015 eine Botschaft vorzulegen.

Der Regierungsrat erläuterte in der erwähnten Interpellationsantwort auch, welche Massnahmen in den vergangenen Jahren getroffen wur-

den, um der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken. Weiter wies er darauf hin, dass neben der Revision des Steuerstrafrechts auch die sich auf internationaler Ebene abzeichnende Einführung des automatischen Informationsaustausches der Steuerhinterziehung in Bezug auf ausländische Finanzkonten von hier ansässigen Steuerpflichtigen entgegenwirken wird.

Der Regierungsrat hat somit das Ausmass der Steuerhinterziehung, soweit es bekannt ist, und ergriffene und mögliche Massnahmen bereits in der Beantwortung der Interpellation KR-Nr. 106/2015 dargestellt. Weiter ist auf Bundesebene wie erwähnt einerseits ein Bericht über das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz und mögliche Massnahmen zu deren Eindämmung in Aussicht gestellt worden und andererseits eine Revision des Steuerstrafrechts in Bearbeitung. Es ist deshalb derzeit nicht sinnvoll, dass der Regierungsrat über das Ausmass der Steuerhinterziehung und über mögliche Massnahmen zu deren Bekämpfung für den Kanton Zürich einen eigenen Bericht in Auftrag gibt.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 104/2015 abzuweisen.

Mattea Meyer (SP, Winterthur): Die aktuelle Politik ist einfach gestrickt: Arme werden, ohne zu zögern, unter Generalverdacht gestellt. Wer Unterstützung vom Staat braucht, ist verdächtig und muss deshalb von Sozialhilfeinspektoren überwacht werden. Kurzum: Wer arm ist, soll sich schämen. Der verfassungsmässig garantierte Anspruch auf materielle Hilfe in Not verkommt immer mehr zu einem Straftatbestand. Wer hingegen reich ist, wird mit Privilegien überschüttet, wir haben es vorhin gehört. Er oder sie wird im Rahmen von sogenanntem Standortmarketing umworben und hat grösstes Vertrauen verdient. Jede Kontrolle, ob denn die Steuern auch wirklich bezahlt werden, ist des Teufels und jede Steuerkommissärin eine zu viel, wir erleben das Jahr für Jahr in der Budgetdebatte.

Dabei ist diese vielfach gepriesene hohe Steuermoral der Schweizerinnen und Schweizer in zweierlei Hinsicht ein Hohn. Einerseits ist der Begriff irreführend, so als ob Gesetze-Einhalten eine moralische Leistung wäre, andererseits ist sie nicht so hoch, wie immer beschworen wird. Dies belegen auch die Zahlen, die der Regierungsrat in der Antwort zur Interpellation zum Thema «Ausmass der Steuerhinterziehung» veröffentlicht hat. So wurden 2014 im Kanton Zürich sage und schreibe 120 Millionen Franken Nachsteuern und Bussen infolge Steuerhinterziehung bezahlt. Darin enthalten sind auch die straflosen

Selbstanzeigen. Wie wir vor ein paar Tagen mitbekommen haben, will die bürgerliche Ratsmehrheit in Bundesbern diese Steueramnestie sogar noch ausweiten, dass man nur fünf Jahre rückgängig Nachsteuern zahlen muss. Ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die wir alle hier im Raum vermutlich sind, die Jahr für Jahr ihre Steuern zahlen, müssen sich schon ein bisschen für dumm verkauft vorkommen. Andere, die das nicht tun, werden sogar noch dafür belohnt, dass sie es nicht machen.

Dass die vom Kanton berechneten Zahlen von 120 Millionen Franken Nachsteuern nur die Spitze des Eisbergs sind, zeigen Schätzungen, Schätzungen, die notabene nicht von linken Instituten gemacht wurden, sondern unter anderem auch von Economiesuisse (*Dachverband der Schweizer Wirtschaft*). Verlässliche Zahlen gibt es zwar eben keine, aber vorsichtige Schätzungen gehen von 5 bis 10 Milliarden Franken aus, um die die Menschen jährlich betrogen werden. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben für die Sozialhilfe auf Stufen Bund, Kanton und Gemeinden betragen zusammen rund 2,3 Milliarden Franken pro Jahr. Diejenigen juristischen und natürlichen Personen, die ihre Steuern hinterziehen, zerstören das Prinzip der Solidarität, wie es in der Bundesverfassung verankert ist. Darunter leiden die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche die fiskalischen Mindereinnahmen – und, Herr Hans-Ueli Vogt, das sind leider Mindereinnahmen, die hoffentlich in Ihrem Sinne nicht erfreulich sind – durch höhere Steuern oder eben Leistungsabbau tragen müssen.

Der Regierungsrat zeigt aber offensichtlich wenig Interesse, die ehrlichen Steuerzahlenden zu schützen und die Steuerhinterziehung einzudämmen. So weigert er sich in der Postulatsantwort, Schätzungen anzustellen und konkrete Massnahmen aufzuzeigen. Stattdessen schiebt er die Verantwortung dem Bund zu, wo ein ähnlicher Vorstoss eingereicht wurde. Der Bundesrat wollte den Vorstoss eigentlich entgegennehmen, er wollte einen Bericht schreiben über das Ausmass der Steuerhinterziehung. Die bürgerliche Ratsmehrheit hat das vor ein paar Tagen verunmöglicht und versenkt.

Gleichzeitig ist eine Revision des Steuerstrafrechts in Bearbeitung und auch die längst fällige Einführung des automatischen Informationsaustausches wird richtungsweisend sein. Der bürgerlich dominierte Bundesrat – das wird er auch nach gestern nach wie vor sein – schreibt zudem in seinem Zusatzbericht zur Unternehmenssteuerreform III, dass er die Zahl der Steuerinspektorinnen und Steuerinspektoren bei der eidgenössischen Steuerverwaltung schrittweise um 75 Stellen erhöhen möchte, mit der Begründung: Weil durch mehr Steuerinspektoren und mehr Steuerkontrollen mehr bisher unversteuertes Geld ent-

deckt werden kann. Kurz gesagt, der Bund und mit seinem Nichttagieren auch der Kanton Zürich verzichten seit Jahren auf Millionen von ihm zustehenden Steuereinnahmen, weil Steuerhinterzieher und Steuerhinterzieherinnen schlicht nicht ausreichend kontrolliert werden und auch nicht mit einer wahnsinnig hohen Busse rechnen müssen. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen, wenn wir sie denn hätten, könnten anstehende Aufgaben finanziert werden und wir müssten nicht Jahr für Jahr über unsägliche Sparpakete diskutieren.

Geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, es ist Raub an der Gesellschaft und Raub an der Solidarität. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Dürfte man Voten multimedial einbringen, würde ich Ihnen hier an dieser Stelle eine Szene aus der legendären internationalen Diskussionsrunde «Frühschoppen» einspielen. Die schon etwas gesetzteren Damen und Herren in diesem Saal – ich zähle mich trotz meinem jugendlichen Aussehen auch dazu (*Heiterkeit*) – kennen diese Politsendung, in der vor laufender Kamera geraucht wurde wie bei den Bürstenbindern, ein Albtraum für jeden Suchtpräventionspolitiker. Denn Rauchverbote waren damals ebenso wenig Thema wie Steuerhinterziehung. Aber das ist heute zum Glück definitiv anders. Steuerhinterziehung erinnert an Passivrauchen: Die einen haben einen Lustgewinn, die anderen bezahlen dafür. Doch genau dafür zeigt unsere Bevölkerung überhaupt kein Verständnis mehr, das zeigen verschiedene repräsentative Umfragen, deren Ergebnisse selbst Wissenschaftler und Behörden erstaunen. Was früher als Kavaliersdelikt galt, wird heute als Betrug angesehen, als Betrug an den Ehrlichen, als Betrug an der Gesellschaft, als Betrug am kleinen Mann oder an der alleinerziehenden Mutter und generell an überzeitlichen Werten. Betrug bleibt auch Betrug, wenn ich seine Aufdeckung an den Bund delegiere, wie es offenbar die Absicht des Regierungsrates ist. Aber als Parlament des wirtschaftsstärksten Kantons können wir uns nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Wir sind es unseren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern schuldig, Steuerhinterziehung offensiv, schnell und wirksam zu bekämpfen, sei es aus moralischen oder aus finanzpolitischen Gründen, und weil Steuerhinterziehung eben Gedanken an Passivrauchen weckt: Die einen haben den Lustgewinn, die anderen bezahlen dafür.

Lassen Sie uns diese Ungerechtigkeit mit Nachdruck aus der Welt schaffen oder zumindest aus unserem Kanton. Die EVP-Fraktion wird für eine Überweisung des Postulates stimmen.

Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg): Just vor den Sommerferien, am 2. Juli, feierte die Schweiz den «Tax-Freedom-Day», den Tag also im Jahr, an dem wir Steuerzahler unsere Steuerlast beglichen haben und fortan über unser Einkommen selbst verfügen können. Manche Menschen aber feiern jeden Tag «Tax-Freedom-Day», ganz einfach, weil sie ihr Geld verstecken und Steuern hinterziehen, natürlich auf dem Buckel aller ehrlichen Steuerzahler. Hier bin ich mit Mattea Meyer ganz einig: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, das möchte ich klar und deutlich sagen. Und während wir uns für ein attraktives und stabiles Steuerumfeld im Kanton Zürich stark machen, können wir nicht tatenlos akzeptieren, dass manche Menschen dieses Ziel torpedieren, indem sie sich dem Steuersystem entziehen. Es ist daher absolut richtig, dass der Staat diesen Geldern systematisch nachgeht und sie zugunsten der Allgemeinheit eintreibt.

Dies ist denn auch dank der kleinen Steueramnestie schon teilweise gelungen. Dank ihr sind schon beträchtliche Summen der Staatskasse zugeflossen. Diese Strategie bestätigt sich nicht nur im Hinblick auf das zusätzliche Steuersubstrat, sondern auch aus der Perspektive der Staatskosten. Steuerhinterzieher melden sich selbst, anstatt dass der Staat mit enormen Ressourcen Detektivarbeit leisten muss. Die Anzahl Selbstanzeigen steigt von Jahr zu Jahr, und wir sind überzeugt, dass mehr und mehr Menschen davon Gebrauch machen werden.

Auch wir können nicht ausschliessen, dass noch grosse Summen im In- und Ausland verborgen bleiben, von denen der Staat keine sichere Kenntnis hat und auf die er keinen Zugriff hat. Es ist jedoch müssig, vom Regierungsrat zu fordern, er möge nun in einem Bericht darüber spekulieren, um wie viel Geld es sich wohl handeln mag. Er verfügt nicht über bessere Daten als die Studien, die die Postulantinnen selbst erwähnen, um das Ausmass der hinterzogenen Vermögen zu beziffern. Alle anderen Fragen der Postulantinnen wurden vom Regierungsrat in der gleichlautenden Interpellation ausführlich beantwortet und es ist nicht zielführend, über dieselben Fragen einen weiteren Bericht einzufordern. Auch wir setzen uns dezidiert dafür ein, dass der Staat die vorhandenen Ressourcen effizient einsetzt und dafür sorgt, dass jede und jeder seinen Steuerpflichten nachkommt und sich so an der Funktionsfähigkeit eines Staates beteiligt. Und steigt dadurch das Steuersubstrat, so können wir künftig alle den «Tax-Freedom-Day» etwas früher feiern.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Ja, liebe Frau Meyer und auch Rosmarie Joss, die, glaube ich, nicht da ist, wo Sie recht haben, da

haben Sie recht. Die Besteuerung soll nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen, und dieses Prinzip der Solidarität wird von jenen durchbrochen, die ihre Steuern hinterziehen. Richtig ist auch, dass es immer wieder sogenannte Experten gibt, die versuchen, das Ausmass der Steuerhinterziehung zu schätzen. Doch es bleiben Annahmen und Schätzungen, und es wird kaum jemandem gelingen, das richtige Resultat herauszufinden. Das Einzige, was wir tatsächlich wissen, ist die Summe derjenigen, die anhand von Steuerrevisionen aufgedeckt werden.

Sie wollen jetzt einen Bericht des Regierungsrates über das Ausmass der Steuerhinterziehung. Und was dann? Auch mit dem Bericht werden Sie den Tatbestand der Steuerhinterziehung nicht verbessern oder gar eliminieren. Auch mit einem Bericht darüber, was der Regierungsrat unternimmt, werden Sie keinen Franken mehr Steuereinnahmen generieren, höchstens Steuergelder für eben diesen Bericht verpuffen. Ich arbeite täglich mit Kunden und Steuerbehörden zusammen und eines kann ich Ihnen versichern: Der Kanton Zürich unternimmt viel und viel gerade in dieser Beziehung, um – milde ausgedrückt – Steueroptimierung aufzudecken.

Also sparen wir uns das vom Arbeitseinkommen stammende Steuer geld für eben diesen Vorstoss und setzen wir es doch für vernünftige Vorstösse ein. Die BDP lehnt das Postulat ab.

Max Homberger (Grüne, Wetzikon): Die Grüne Fraktion unterstützt das Postulat. Wir sind der Auffassung, die Stossrichtung stimmt. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung schafft grösstmögliche Verfassungskonformität, sie schafft grösstmögliche Steuergerechtigkeit und sie stärkt das Vertrauen der korrekten Steuerzahlenden. Klare Steuerregeln, ein klarer Vollzug, Rechtsstaatlichkeit schlechthin stärken den Wirtschaftsstandort Zürich.

Die Antwort und die Position des Regierungsrates wirken defensiv und lustlos, wenn er sagt, «hingegen fehlen die Grundlagen für eine seriöse Schätzung» eben der Steuerhinterziehung. Das liegt in der Natur der Sache, dass Dunkelziffern eben nicht leicht erkennbar sind. Mit dem Postulat geht es eben gerade darum, etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Dass der Regierungsrat auf den Bund wartet mit der Steuer gesetz- und der Steuerstrafrechtsrevision reicht uns nicht. Der regierungsrätliche Verweis auf die Legislaturziele ist allzu abstrakt und wird dem Postulat nicht gerecht. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung hat mit Steuerwettbewerb eigentlich nichts zu tun. Es hat auch nichts zu tun mit moderater Steuerbelastung, was der Regie-

rungsrat fordert. Es hat auch nichts zu tun mit einem kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen Kanton, Bevölkerung, Unternehmen. Dieser mag ja stattfinden zwischen dem Kanton und den grossen Unternehmen. Zwischen dem Kanton und den kleinen Unternehmen und der Bevölkerung findet er doch wohl eher nicht statt. Und es geht in Zeiten knapper öffentlicher Kassen um sehr viel Geld. Die Fachmänner Aschwanden und Kissling schätzen schweizweit eben die schon erwähnten 10 Milliarden Steuerausfälle. Diese Zahlen werden durch andere Erhebungen gestützt. Diese 5 bis 10 Milliarden Steuerausfälle entsprechen dem 50- bis 100fachen «Erfolg» der Sozialbetrüger. Setzen wir den Hebel dort an, wo Wirkung erzielt werden kann, eben bei den Steuerhinterziehern. Danke.

Martin Haab (SVP, Mettmenstetten): Dieses Postulat ist einmal mehr ein Vorstoss aus der Küche der Jungsozialisten. «Steuerbetrug aufdecken» hört sich schön an und gehört nun mal zum Credo eines Gutmenschen. Ich kann es vorweg nehmen und dies ist vermutlich auch keine Überraschung für die Postulanten der JUSO: Die SVP unterstützt das Postulat nicht.

Die Postulanten gehen einmal mehr davon aus, dass im Grundsatz jeder Bürger ein potenzieller Steuerhinterzieher ist. Dieses generelle Misstrauen gegenüber jedem Bürger kennt unsere Generation. Und jetzt muss ich eine Klammer öffnen: Ich zähle mich auch schon zur älteren Generation, obwohl ein hier anwesender Journalist heute in der Zeitung geschrieben hat, ich sei ein Jungbauer (*Heiterkeit*). Aber es ist aus einer Zeit, als es noch ein geteiltes Deutschland gab, wo eben dieses Misstrauen gegenüber jedem Bürger allgegenwärtig war.

Wie der Regierungsrat in der Antwort zur Interpellation 106/2015 festhält, wurden in den vergangenen Jahren Nachsteuern und Bussen wegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrugs in zweistelliger Millionenhöhe ausgewiesen. Die Schätzungen des Steuerbetrugs im Kanton Zürich von anscheinend unabhängiger Seite in der Höhe von 5 bis 10 Milliarden Franken sind in unserer Sicht aus der Luft gegriffen und nicht belegbar.

Im Frühjahr hat der Bundesrat beschlossen, einen Bericht über Massnahmen zur Eindämmung der Steuerhinterziehung zu erstellen. Dazu ist auf eidgenössischer Ebene eine Revision des Steuerstrafrechts in Bearbeitung. Die Botschaft des Eidgenössischen Finanzdepartements ist auf Ende dieses Jahres zu erwarten. Es macht keinen Sinn, vor dem Erhalt dieses Berichts im Kanton Zürich einen eigenen Bericht zu erarbeiten.

Die SVP unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat nicht zu überweisen.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Die CVP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die besonnene und unaufgeregte Stellungnahme zum vorliegenden Postulat respektive für die gleichnamige Interpellationsantwort. Wessen Geistes Kind dieses Postulat ist, zeigt schon die einleitende Formulierung des Postulates beziehungsweise der Interpellation, mit welcher versucht wird, das Solidaritätsprinzip unseres Steuersystems nach dem ganz persönlichen Verständnis der Postulanten zum Besten zu geben, indem insbesondere die Steuerhinterzieher als mutmassliche Steuerbetrüger – aber eben nicht bloss diese, weil nur insbesondere von diesen juristischen und natürlichen Personen die Rede ist –, welche eben nur unter anderem und lediglich insbesondere, aber nicht ausschliesslich gleich am besten als Straftäter anzuprangern sind. Gegen solche verdüsterte Seelen, die sich nur darauf konzentrieren, selbst unbescholtene Bürger unter Generalverdacht zu stellen und somit womöglich auch Rechtschaffene zu kriminalisieren, ist leider kein Kraut gewachsen. Deshalb beschränke ich mich mit meinen Ausführungen, das Postulat selbstverständlich ablehnend, im Wissen, dass auf Bundesebene schon genug Bürokratie betrieben wird, auf das Geringste und bedanke mich nochmals beim Regierungsrat für die sachliche Darlegung und hoffe, dass die Pharmaindustrie eines Tages vielleicht doch noch ein effektives Mittel gegen letzteres Wehklagen findet.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Wir sind erschrocken über die hohen Steuerausfälle durch die Steuerhinterziehung im geschätzten Umfang von 5 bis 20 Milliarden Franken. Die Finanzprobleme der öffentlichen Hand könnten gelöst werden, wenn wir das biblische Prinzip «Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was ihm zusteht» anwenden würden. Leider gelten diese Prinzipien in unserem von Egoismus geprägten Land nicht mehr vollständig.

Was können wir nun gegen das Übel der Steuerhinterziehung unternehmen? Die EDU hat sich in den Budgetdebatten immer wieder für die Erhöhung der Anzahl der Steuerkommissäre ausgesprochen. Mit zusätzlichen Kontrollen könnte verhindert werden, dass sich einzelne Bürger auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Bei der nächsten Budgetdebatte könnten wir ein Zeichen setzen.

Das vorliegende Postulat ist aber nicht zielführend, denn wir beschäftigen unsere Verwaltung im Bewusstsein, dass der Bund Ende Jahr

einen ausführlichen Bericht vorlegen wird, wie ihn das Postulat fordert. Wir lehnen deshalb das Postulat ab. Danke.

Alex Gantner (FDP, Maur): Das Postulat fordert aus unserer Sicht eine Unmöglichkeit und stellt ganz direkt jede einzelne steuerpflichtige natürliche und juristische Person unter Generalverdacht. Das ist das Weltbild der beiden sozialdemokratischen Postulantinnen. Und dazu kommt die ständige Forderung, immer mehr Bevölkerungsschichten von den Steuern zu befreien. Wie, geschätzte Kolleginnen Mattea Meyer und Rosmarie Joss, soll so der Staat noch funktionieren? Wer soll den Staat eigentlich finanzieren? Das ist ein gefährliches Steuer- und vor allem Vertrauensklima, das Sie da schaffen. Die Steuermoral in der Schweiz ist auf sehr hohem Niveau, vor allem auch im internationalen Vergleich. Wie in anderen Bereichen, sei es im Verkehr, bei Prüfungen, beim Bezug von staatlichen Leistungen, gibt es immer schwarze Schafe. Es gibt aber gerade im Steuerbereich auch genügend Instrumente, diesen auf die Spur zu kommen. Und dazu gehört auch die einmalige kleine Steueramnestie, die bekanntlich rege in Anspruch genommen wird.

Im Weiteren lässt sich das Postulat von der Magie der grossen Zahl verleiten. Da wird von 5 bis 20 Milliarden Franken gesprochen. Sind das nun die entgangenen Steuern oder ist das die Bemessungsgrundlage?

Wir haben es gehört, auf Bundesebene läuft bekanntlich einiges. Eine Gesamtschau, dann die Revision des Steuerstrafrechts und die sich abzeichnende Einführung des automatischen Informationsaustausches mit dem Ausland. Und viele Steuererklärungen stehen so oder so nicht allein in der Landschaft, sondern beinhalten einen Verweis auf eine andere steuerpflichtige Person, sei es im Liegenschaftsbereich, bei Alimenten, bei den Schulden et cetera. Hier hilft die Investition in die IT-Struktur der Steuerverwaltung sehr massiv und das ist, was wir ja auch ständig bei den Budgetberatungen unterstützen.

Die FDP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir sollten, glaube ich, weniger über Moral reden, sondern über Fakten. Die Steuerhinterziehung war und ist verbreitet, und zwar nicht nur bei den sehr Reichen, auch bei einfachen Leuten ist das so. Das hatte natürlich einen objektiven Hintergrund, man war geschützt mit dem Bankgeheimnis. Das war doch der Kern, warum überhaupt Steuerhinterziehung in der Schweiz möglich war. Nun, wir sind daran, dieses Bankgeheimnis aufzugeben. Wie vie-

les in der Schweiz schaffen wir das ja nicht aus eigener Kraft, wir schaffen das nur dank dem massiven Druck aus dem Ausland, sonst wären wir da noch in der Steinzeit und würden das immer noch hochhalten, dieses Bankgeheimnis. Und wenn das Bankgeheimnis fällt, dann wird auch die Steuerhinterziehung natürlich viel schwieriger werden. Das ist richtig so.

Und das andere ist, und da müssen wir uns auch selber an der Nase nehmen: Es ist offensichtlich, dass jeder zusätzliche Steuerkommissär oder jede Kommissärin so und so viel mehr Steuern gibt. Wir haben uns immer dagegen gewehrt. Das letzte Mal hat die Vorgängerin von Regierungspräsident Ernst Stocker, Frau Regierungsrätin Ursula Gut, nochmals mehr Steuerkommissäre durchgebracht. Man hat das dann noch um die Hälfte gekürzt, aber es war doch ein bemerkenswerter Antrag, der aus dem Steueramt kam. Da wurde auch klar gesagt, dass das mehr Steuerertrag gebe. Also man muss investieren und dann gibt es auch mehr Geld. Und es ist nicht so: Sie sagen, die Steuermoral sei so hoch, Herr Gantner. Ich weiss nicht, woher Sie wissen, wie hoch die Moral ist, wie es um die Moral so steht. Das ist immer so ein bisschen eine schwierige Geschichte, wenn man da die Moral messen will. Aber Sie können das anscheinend, ich kann das nicht. Auf jeden Fall ist ja ganz klar und das sagen auch alle, dass das Ausmass der Steuerhinterziehung grösser ist, als man gedacht habe. Aber das ist ja nur für Leute, die ein bisschen blind sind oder nicht so offensichtlich sehen wollen, dass das so ist.

Nun, wir diskutieren ja über ein Postulat, ob man mit diesem Postulat etwas erreichen kann, ja oder nein. Da haben wir natürlich grosse Fragezeichen. Irgendwelche Beschäftigungsprogramme für die Verwaltung, das bringt es in der Tat nicht. Aber Steuerhinterziehung kann man eben nur mit griffigen Massnahmen bekämpfen, die habe ich gesagt: Aufhebung Bankgeheimnis, mehr Steuerkommissärinnen und -kommissäre, das wären Massnahmen, Postulate helfen da wenig. Aber nach dem Motto «Nützt's nüt, so schadt's nüt» werden wir der Überweisung dieses Postulates zustimmen.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Ich musste schon etwas schmunzeln ob Ihrer Argumentation gerade eben. Und bitte merken Sie sich, liebe bürgerliche Kolleginnen und Kollegen, merken Sie sich Ihre eigene Argumentation, wenn es wieder mal um andere Themen geht, wie zum Beispiel Sozialhilfe. Man soll die Menschen, die Sozialhilfebezüger nicht unter Generalverdacht stellen, das Sozialsystem ausnützen zu wollen. Man soll, liebe SVP, die Ausländer nicht unter

Generalverdacht stellen, kriminell zu sein. Man soll die Flüchtlinge nicht unter Generalverdacht stellen, nur hierher zu kommen, um uns auszunützen. Gleiches gilt natürlich auch für IV-Bezüger, die man nicht unter Generalverdacht stellen soll, die IV auszunützen. Merken Sie sich Ihre Argumentation. Ich werde sie mir merken und ich werde es Ihnen wieder sagen, falls Sie es bis dann vergessen haben.

In diesem Vorstoss geht es lediglich darum, die Frage des Ausmasses abzuklären. Hans-Ueli Vogt hat es vorher ja eigentlich schön gesagt. Er hat gesagt: «Für uns ist es schön, wenn der Staat weniger Geld hat.» Und damit entlarven Sie eigentlich Ihre Haltung. Es geht hier nicht um Generalverdacht, sondern es geht darum, dass Sie froh sind, wenn der Staat weniger Geld hat. Und Sie sind eigentlich froh, wenn die Leute Steuern hinterziehen.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Ich musste schon ein bisschen schmunzeln, Frau Bellaiche, als Sie gesagt haben, dass da ja so viele Selbstanzeigen gekommen sind. Warum sind diese Selbstanzeigen gekommen? Weil die Leute Angst hatten, weil sie wussten, dass besser kontrolliert wird und dass sie mittelfristig aufliegen würden. Darum haben sie sich selbst angezeigt. Und das heisst eben nur, dass man besser kontrollieren muss, damit man eine bessere Steuermoral bringt. Und wo ich dann wirklich lachen muss: Man sagt einfach, das sei nicht nötig, man wolle nicht. Ich bin auch ein bisschen enttäuscht vom Regierungsrat, denn er sagt, der Bund kläre jetzt ab. Aber föderalismusmässig sind wir für den Vollzug der Steuern im Kanton und in den Gemeinden zuständig, und dann sollte man auch schauen, wie das klappt oder ob das klappt, wo die Probleme liegen und was man verbessern könnte. Das muss der Kanton machen und nicht der Bund. Und die Gemeinden sind zum Teil zu klein, um das selber zu machen und zu organisieren, dann sind sie überlastet. Also wenn nicht der Kanton, wer dann? Aber das ist natürlich völlig klar, dass da die bürgerlichen Parteien keine Hand bieten. Denn das ist ja ihre Klientel, es gibt ja eine ganze Steuervermeidungsindustrie. Es gibt ja alle diese Steuerberater und so weiter. Das ist ja dann ein Gratgang, der ziemlich «gwagglig» ist zwischen legal und illegal. Ich habe auch schon in einem solchen Büro gearbeitet, also ich weiss, wie das funktioniert. Aber darum ist es einfach naiv, wenn man da sagt, man müsse nicht kontrollieren, die Moral sei gut. Aber jetzt gehen wir trotzdem zum Apéro.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Als ich jetzt der ganzen Debatte ein wenig zugehört habe und hier doch sehr starke Voten gehört habe, die irgendwie aus dem kalten Krieg zu stammen schienen, habe ich mich plötzlich gefragt, was wir denn von unserer Seite mit diesem Postulat eigentlich so Ungeheuerliches fordern. Ich war mir plötzlich nicht mehr sicher, ob wir alle über das gleiche Postulat sprechen, deshalb habe ich es nochmals hervorgeholt und nochmals die Forderung nachgelesen: «Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht das Ausmass der Steuerhinterziehung bei natürlichen und juristischen Personen im Kanton Zürich aufzuzeigen. Der Bericht soll gleichzeitig aufzeigen, welche Massnahmen getroffen worden sind und welche getroffen werden können, damit dem Kanton und den Gemeinden durch Hinterziehung keine Einnahmen entgehen.» Ich muss sagen, wenn ich diese Forderung lese, finde ich nach wie vor, es ist eine moderate Forderung und es sollte eine selbstverständliche Forderung sein. Wenn wir nämlich im Umkehrschluss Ihre Voten, warum man jetzt das Postulat nicht überweisen solle, anwenden, dann kommen wir darauf, dass Sie offenbar keinen Bericht über das Ausmass der Steuerhinterziehung bei natürlichen und juristischen Personen im Kanton Zürich wollen. Sie wollen also nicht wissen, wie gross das Problem überhaupt ist. Sie wollen auch nicht, dass ein Bericht erstellt wird, der aufzeigt, mit welchen Massnahmen die Steuerhinterziehung bekämpft werden kann. Ich meine, das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir alle gegen die Steuerhinterziehung sind und dass wir ein Interesse daran haben sollten, mit welchen Massnahmen man Steuerhinterziehung bekämpfen kann. Und Sie wollen offenbar auch nicht, dass dem Kanton und den Gemeinden durch die Hinterziehung keine Einnahmen entgehen.

Ich finde diese Positionierung, die Sie hier vorgenommen und mit vielen starken Voten umschrieben haben, einigermaßen erstaunlich. Ich dachte, wir seien in dieser Diskussion inzwischen einen Schritt weiter, dass wir nämlich anerkennen, dass es ein Problem bei der Steuerhinterziehung gibt, dass die Steuermoral in der Schweiz vielleicht nicht ganz so gut ist, wie man es jahrzehntelang behauptet hat. Und Sie sagen aber trotzdem «Das interessiert uns alles nicht, wir wollen von all dem nichts wissen». Ich bin über diese Haltung erstaunt, muss ich Ihnen ganz offen sagen. Ich finde, die Forderung des Postulates ist angemessen. Es verlangt nichts irgendwie Klassenkämpferisches, sondern möchte der Rechtsordnung in unserem Kanton Nachachtung verschaffen. Ich bitte Sie deshalb, dieses Postulat zu überweisen.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.) spricht zum zweiten Mal: Seit einem halben Jahr bin ich in diesem Kantonsrat, ich gelte vielleicht noch als so etwas wie Jungpolitiker – nicht als Jungbauer –, und ich habe den Glauben an den Menschen, an den Politiker eigentlich noch nicht verloren. Ich bin auch trotzdem kein Gutmensch, ich finde das sowieso ein Unwort, aber einfach: Es stört mich, wenn wir sagen, es gehe um eine generelle Kriminalisierung, das ist Mumpitz. Es geht darum, dass gesetzlich festgelegte Steuern bezahlt werden müssen, und nicht um mehr und nicht um weniger. Erst dann können wir auch mit Überzeugung dafür einstehen, dass man die Kapitalsteuer nicht erhöhen soll. Aber wir müssen diese Steuererträge, die uns zustehen, die müssen wir einfordern mit allen Mitteln. Und ich finde, der Regierungsrat müsste hier etwas offensiver handeln, wenn wir gewinnen wollen, und nicht den Ball einfach an den Bund abschieben. Danke.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber wenn ich jetzt von Stefan Feldmann höre, der Rechtsordnung werde keine Nachachtung verschafft: Das stimmt doch überhaupt nicht. Werden Ihre Steuererklärungen kontrolliert oder nicht? Wir haben 700 Steuerkommissäre und -kommissärinnen im Kanton Zürich. Wir kontrollieren genau. Und jetzt wird suggeriert, da könne jeder und jede machen, was er oder sie will. Wir haben vom Fraktionschef der BDP – Steuertreuhänder im Kanton Zürich – gehört: Es wird gute Arbeit geleistet. Und gehen wir doch ein bisschen weiter, ich hätte sowieso erwartet, dass der Rat effizienterweise auch die Interpellation gleichzeitig behandelt. Hier sind die Antworten gegeben, die der Regierungsrat macht. Und er macht nicht nichts. Wenn Sie jetzt einem «Berichtli» zustimmen – Entschuldigung für den Ausdruck –, einem Bericht zustimmen, der dieses Postulat fordert, bekommen Sie die Interpellation, Sie haben ihn eigentlich schon bereits. Deshalb möchte ich nochmals festhalten: Wir kontrollieren, das Steueramt nimmt seine Aufgabe wahr, sonst hätten wir nicht unsere Steuereinnahmen in diesem Kanton. Und wer behauptet, es könne da jeder und jede machen, was er oder sie will mit den Steuern, dem muss ich entschieden entgegentreten. Wir investieren beispielsweise circa 100 Millionen in das IT-Projekt «Zürich primo». Sonst höre ich in diesem Rat immer, wenn man innovativ ist, eine Aufgabe effizienter und schneller erledigt und kostengünstiger wird, dann sagen alle: Super, wir sind innovativ. Auch bei den Steuern kann es innovativer werden. Wenn man auf einer neuen elektronischen Plattform zur gleichen Zeit besser kontrollieren, schneller die Steuererklärungen erledigen kann, dann

müssen Sie ja nicht unbedingt mehr Personal haben. Denn die gleichen Leute sagen, wir sollten weniger Geld ausgeben.

Bitte bleiben Sie bei den Fakten und lehnen Sie dieses Postulat ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat 104/2015 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Zweckgebundene Verwendung der Busseneinnahmen**
Motion *Roland Scheck (SVP, Zürich)*
- **Beznau I**
Dringliche Anfrage *Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)*
- **Erhalt ökologisch wertvoller Lebensraum in Strassenbegleitflächen N4.2**
Anfrage *Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)*

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr


Zürich, den 19. Oktober 2015

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 26. Oktober 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Steuergesetz		
Geschäfts#:	5159a		
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 08:22:14		
JA:	157		
NEIN:	0		
Enthalten:	0		
Nicht Präsent:	23		
Total Stimmen:	157		
Stichentscheid:	--		

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	--
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	--
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	--
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	--
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	--
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Hotelfachschule Belvoirpark Zürich	
Geschäfts#:	5186a	
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 09:11:14	
JA:	122	
NEIN:	49	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	8	
Total Stimmen:	172	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	ENTHALTEN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	--
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Hotelfachschule Belvoirpark Zürich		
Geschäfts#:	5186a		
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 09:12:44		
JA:	118		
NEIN:	49		
Enthalten:	1		
Nicht Präsent:	12		
Total Stimmen:	168		
Stichentscheid:	--		

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	ENTHALTEN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	--
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Vertretung des Kantons durch Mitglieder des Regierungsrates (Bewilligung)	
Geschäfts#:	5215a	
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 10:29:53	
JA:	94	
NEIN:	60	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	26	
Total Stimmen:	154	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	--
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	--
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	--
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	--
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	--
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	--
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	--
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	--
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	--
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	--
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Vertretung des Kantons durch Mitglieder des Regierungsrates (Bewilligung)	
Geschäfts#:	5215a	
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 10:31:24	
JA:	63	
NEIN:	106	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	--
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
131	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	NEIN
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Rückgängigmachung der Halbierung der Kapitalsteuer	
Geschäfts#:	KR-Nr. 103/2015	
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 11:16:50	
JA:	50	
NEIN:	120	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
131	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	NEIN
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	--
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Ausmass zu Steuerhinterziehung und mögliche Gegenmassnahmen	
Geschäfts#:	KR-Nr. 104/2015	
Stimm-Datum:	2015.10.19 - 11:56:24	
JA:	58	
NEIN:	111	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	11	
Total Stimmen:	169	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
131	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	NEIN
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	--
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				